

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2,60 Mk., vierteljährlich 7,80 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 60 Pfg., von auswärts 75 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-spaltige Reklamereize 200 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 15 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 16

Dienstag, den 20. Januar 1920

11. Jahrgang

Wer trägt die Schuld?

II.

Nachdem sich die Einigungsverhandlungen wieder zerschlagen haben, muß die Frage aufgeworfen werden, ob die Leitung der hiesigen U. S. P. überhaupt von Anfang an ernstlich für eine Einigung gewesen ist. In Mitglieder- und Vertrauensmännerversammlungen konnte man häufig hören, daß sich die Massen schon einig seien, die „Führer“ aber eine Einigung stets verhindert haben. Von den Führern in unserer Partei kann das nicht behauptet werden. Die Bestrebungen auf Einigung des Danziger Proletariats sind stets von führenden Genossen der Sozialdemokratischen Partei ausgegangen. Selbst der Genosse Gehl, dessen Rücktritt von der U. S. P. bei den Einigungsverhandlungen gefordert wurde, war stets ein warmer Freund des Einigungsgedankens. Von verschiedenen Mitgliedern der U. S. P. konnte man in den letzten gemeinsamen Versammlungen hören: „Den Gehl haben wir ja völlig verkannt.“ Wie stand es aber mit den unabhängigen Führern? Von unabhängiger Seite wurde auf dem Parteitag behauptet, daß Mau in der unabhängigen Partei stets für die Einigung eingetreten ist. Es kommt jedoch nicht darauf an, daß man mit Worten sich für die Einigung erklärt und durch seine Taten dieselbe dann sabotiert. Lehre aber hat Mau getan. Wenn die Einigung in Danzig von dauerndem Bestande und allen Stürmen gewachsen sein sollte, so hätte man sich auf einer mittleren Linie einigen müssen. Maus Bestreben aber ging dahin, der geeinten Partei den Charakter der U. S. P.-Kommunisten Däumig, Kurt Gener und Genossen zu geben. So trat er denn mit aller Kraft für die Bildung von „revolutionären Ausschüssen“, „illegalen Organisationen“ und „revolutionären Massenaktionen“ ein. Wir können diesen Standpunkt Maus garnicht besser brandmarken, als wenn wir das hier wiedergeben, was Gustav Schröder im Elbinger unabhängigen Organ über Mau schreibt.

Schröder nennt das Streben Maus nach illegalen Organisationen „Trotzkismus“. Entweder seien an der Spitze der offiziellen und der geheimen Organisationen dieselben Personen, dann würden bei einem Staatsstreich der Bourgeoisie mit den offiziellen auch die geheimen Organisationen befehligen. Ständen aber verschiedene Personen an der Spitze, so besteht Gefahr, daß beide Organisationen gegeneinander arbeiten. Mau habe durch solche Verschwörungspläne bewiesen, daß er kein Politiker und Volkstribun, sondern nur ein Intrigant sei.

Schröder ist lange in der Danziger Arbeiterbewegung tätig und hier der Gründer der unabhängigen Partei gewesen. Da er bis vor wenigen Monaten in Danzig tätig war, kennt er also seine unabhängigen Freunde sehr genau.

Schröder schreibt dann, daß es bei beiden Richtungen untadelhafte und fähige Genossen gibt, und nennt von unserer Partei als solche die Genossen Brill, Fooker, Georg Leu und Amtsrichter Zint und von den Unabhängigen Pleitner, Köbbeling, Käte Leu und Gebauer. Freilich hat Schröder in Bezug auf die U. S. P. Recht, wenn er dann meint, daß die Genannten nicht den ihnen gebührenden Einfluß gehabt haben, weil wie das Fett auch Demagogie stets oben schwimmen und das gerade bei der U. S. P. in demagogischer Weise vor dem Parteitag gearbeitet ist, haben uns eine Anzahl ehrlicher U. S. P.-Genossen bekundet. Daß von einem gewissen Teil der U. S. P. mit voller Absicht wieder auf die Spaltung der hiesigen sozialistischen Bewegung hingearbeitet wurde, zeigt auch ein Artikel, der von Danzig aus an die unabhängige Parteipresse in Deutschland geschrieben wurde. In diesem Schimpfartikel auf die Danziger Einigung heißt es:

„Der Danziger Einigungsfanatismus hat sich sehr bald bitter gerächt. Die radikalen Elemente in der Arbeiterschaft zogen schon bei der Danziger Stadtverordnetenwahl die Konsequenzen indem sie bei der Wahl streikten. Das Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats wird dahin ausgelegt, daß sie „gegebenenfalls“ angewendet werden könne, statt daß sie, wie es das neue Aktionsprogramm unserer Partei tut, als die einzig mögliche Form der politischen Machtentfaltung des Proletariats anerkannt wird. Überall in den Massen (?) macht sich tiefer Mißmut breit und man spricht ganz offen wieder vom Auseinandergehen.“

Der Artikel gibt dann wichtige Pressegeheimnisse preis und schließt:

„Das sind die Folgen der unsinnigen sogenannten Einigung in Danzig. Es ist dringend notwendig, daß recht bald die Danziger Arbeiter zur Revolution in der Tat schreiten, deren Schädlichkeit für den revolutionären Sozialismus sie bereits allmählich einzusehen beginnen.“

Klarer als in diesem U. S. P.-Artikel konnte das Streben nach erneuter Spaltung der Danziger Arbeiterbewegung nicht zum Ausdruck gebracht werden. Als die Einigung dann durch das Verhalten der U. S. P. in die Brüche ging, hat niemand in der Sozialdemokratischen Partei darüber Jubelstimmungen angestimmt. In einem Artikel der U. S. P.-Presse aber heißt es:

„Die unabhängige Partei braucht den Bruch der Einigung in Danzig nicht nur nicht zu beklagen, sondern sie hat allen Grund, ihn zu begrüßen.“

Aus allen diesen Tatsachen ergibt sich, daß nicht Führer der Sozialdemokratischen Partei daran Schuld sind, wenn die Einigung wieder in die Brüche gegangen ist, sondern daß einzig und allein führende Geister der U. S. P. die Spaltung verschuldet haben.

Frieden mit Sowjetrußland?

Paris, 19. Jan. „Matin“ schreibt: Auf Berichte O'Grady's, die dieser über seine Besprechungen mit Litwinow in Kopenhagen übermittelte, beschloß Lloyd George, dem Plan einer Verständigung mit Sowjetrußland auszuweichen. Der erste Schritt in dieser Richtung ist getan und besteht in der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen. Der Kriegszustand mit Sowjetrußland dauert bekanntlich weiter.

„Daily News“ nennt die Aufhebung der Blockade den ersten Schritt zum Frieden mit Rußland. Unser Parteiorgan „Daily Herald“ schreibt:

„Wenn die offizielle Mitteilung wirklich das durchführt, was sie verspricht, dann kann die Blockade wirklich als aufgehoben betrachtet werden. Aber die russische Politik der alliierten Regierungen ist so kompliziert gewesen und hat uns so oft hinter das Licht geführt, daß es am besten ist, erst einmal abzuwarten, worin die versprochenen Erleichterungen bestehen und wie sie durchgeführt werden, ohne die Politik Sowjet-Rußlands gegenüber zu ändern.“

Ein russischer Funkpruch „Moskau an alle“ vom 18. Januar sagt: Die wirtschaftliche Blockade Sowjet-Rußlands durch die Alliierten ist jetzt aufgehoben. Die Alliierten werden ihre Waren nach Rußland senden zum Austausch gegen solche Erzeugnisse, die Rußland ausführen kann. Der Gürtel, mit dessen Hilfe Frankreich das rote Rußland einzogeln wollte, ist fast vollständig durch die bolschewistischen Armeen in den letzten sechs Monaten vernichtet worden. Die Rote Armee hat drei Freiwilligen-Armeen — Judentische, Koltchaks und Denekins — vernichtet.

Der Zweck der Maßnahme.

Paris, 18. Jan. Liberte schreibt zu dem Beschlusse des Obersten Rates, die Blockade Rußlands aufzuheben, die Alliierten hätten diese neue Haltung auf die Initiative Lloyd Georges eingegangen. Es habe sich schon seit Monaten in Kopenhagen um Litwinow herum eine außerordentliche Bewegung für den freien Handel erkennen lassen.

Dem Temps zufolge befriedigt der Beschluß in Frankreich nicht jedermann. Wie immer, sind auch Besessenen vorhanden. Diese führen wirtschaftliche und politische Gründe für ihre Unzufriedenheit an. Sie sagen, daß aus Rußland nichts zu erwarten sei! Auch wenn Erzeugnisse vorhanden seien, so könnten sie doch nicht befördert werden. Die Antwort darauf ist einfach, sagt das Blatt, man versucht es eben. Wenn aber das große und reiche Rußland nichts liefert, so können wir wenigstens den Bürgern der verschiedenen alliierten Länder sagen: Es ist nicht die Politik der alliierten Regierungen, welche die Leuerung verursacht und bestehen läßt; es ist nicht wahr, daß die Blockade Rußlands auch das Brot und die Rohstoffe vorenthält, da wir die Tore der russischen Kornkammern geöffnet haben.

Die Auslieferung des Erzkaifers.

Paris, 19. Jan. (Havas.) Dem Gesandten der Niederlande ist am 16. Januar ein Schreiben übergeben worden, in dem die Mächte das offizielle Ersuchen an die Regierung der Niederlande richten, ihnen den ehemaligen deutschen Kaiser Wilhelm von Hohenzollern zur Auslieferung auszuliefern. In dem Schreiben erinnern die Mächte an die unter so vielen Verbüchungen erfolgte Verletzung der Neutralität Belgiens und Luxemburgs, an das barbarische und unerbittliche System von Geißeln und Massendeportationen, an die Entführung der jungen Mädchen aus Lille, an die systematische Verwüstung ganzer Gegenden ohne militärische Notwendigkeit, an den uneingeschränkten U-Bootkrieg und an das zermenschliche Unrecht, das Opfer auf hoher See, sowie an die Taten gegen die Nichtkämpfenden, die von den deutschen Behörden als gegen die Kriegsgesetze verstößend anerkannt wurden. Für alle diese Taten geht die Verantwortlichkeit, wenigstens die moralische, hinaus bis zu dem Obersten Führer, der sie ermöglicht oder seine Befehle mißbraucht hat, um das heiligste Empfinden des menschlichen Gewissens zu verletzen. Es wird dann in dem Ersuchen hervorgehoben, daß es sich nicht um eine persönliche Anklage von gewöhnlichem juristischen Charakter, sondern auch um eine internationale Aktion handelt, die durch das Volksgewissen gebieterisch gefordert wird. Die Mächte haben die Überzeugung, daß Holland, das seine Achtung vor dem Recht und der Gerechtigkeit bewiesen hat und als eine der ersten Mächte in

Bölkerbunde einen Platz forderte, nicht durch moralische Autorität die Vergewaltigung der wesentlichen Grundzüge der internationalen Solidarität der Nationen decken wollen wird, da es wie alle andern ein Interesse daran hat, die Rückkehr einer solchen Katastrophe zu verhindern.

Verhaftungen unabhängiger Führer.

Der unabhängige Parteivorstand Ernst Däumig ist im Auftrage der Reichsregierung durch das Oberkommando der Marine verhaftet worden. Die Gründe zu der Verhaftung Däumigs sind angedeutet in der Rede des Reichsanwalters Bauer in der Mittwochsung der Nationalversammlung, in der er erklärte, gegen die intellektuellen Urheber der blutigen Zusammenstöße am 13. Januar würde eingeschritten werden.

Berlin, 20. Jan. Wie der „Volkswacht“ meldet, wurden gestern außer Däumig weitere 11 radikale Führer verhaftet, darunter Wastzahn von der Zentrale der sozialistischen Betriebsräte, eine Bezeichnung, unter der sich der bekannte „Rote Bollzugsrat“ verbirgt.

Frankreichs neuer Ministerpräsident.

Nach seiner Niederlage bei der Präsidentenwahl ist Clemenceau von seinem Posten als französischer Ministerpräsident zurückgetreten. Der Präsident der Republik ersuchte darauf Millerand das Kabinett zu bilden.

Veränderungen im Obersten Rat.

Paris, 18. Jan. (Havas.) Der Rücktritt Clemenceaus, der heute offiziell bekanntgegeben wird, wirft die Frage der Vertretung Frankreichs auf der Friedenskonferenz auf. Clemenceau ist nicht nur Chef der französischen Delegation, er ist auch Vorsitzender des Obersten Rates. Andererseits treten mit ihm drei der Friedensvollmächttigen zurück, nämlich Michon, Lardieu und Klotz. Nur der fünfte Delegierte, Jules Cambon, ist nicht Mitglied des Kabinetts und kann die Kontinuität der diplomatischen Verhandlungen herstellen. Clemenceau wird die Bildung des neuen Ministeriums abwarten, bevor er seine Funktionen als französischer Bevollmächtigter niederlegt. Der Oberste Rat wird jetzt entscheiden müssen, in welcher Form künftig die diplomatischen Beratungen vor sich gehen sollen. Schon in den letzten Wochen hat der Rat der Minister des auswärtigen Grundständig auf die Anregung der britischen Delegation beschlossen, den Obersten Rat aufzuheben und durch eine Konferenz der Botschafter der fünf Großmächte zu ersetzen. Es ist anzunehmen, daß Lloyd George und Ritzi nach dieser Sitzung Paris verlassen werden, um nach London und Rom zurückzukehren, und daß sie erst später nach der Bildung des Kabinetts die unterbrochenen Beratungen, besonders hinsichtlich der ottomanischen Frage wieder aufnehmen werden. In keinem Falle haben die im Gange befindlichen Arbeiten, über welche eine Verständigung der Großmächte bereits erzielt worden ist, durch die gegenwärtige Lage zu leiden, da sie durch das Generalsekretariat der Friedenskonferenz mit Dutasta an der Spitze fortgeführt werden.

Der Eisenbahnverkehr durch Pommern.

Ueber die mit Polen vereinbarten Bestimmungen für den Durchgangsverkehr durch das an Polen abzutretende westpreussische Gebiet erfährt die hiesige Handelskammer folgendes:

Es sind für den Personen- und Güterverkehr Einrichtungen vorzusehen, die einen durch keine Zoll- oder polizeiliche Maßnahmen erschweren oder verzögerten Durchgang durch das Gebiet gewähren und für die Hauptstrecke Königsberg—Danzig sich wie folgt gestalten soll:

a) Geschlossene Züge, die in Marienburg verpackt, von preussischen und polnischen Polizeibeamten begleitet und in Königsberg wieder geöffnet werden, unterwegs nur ein Halt in Dirschau aus betriebstechnischen Gründen. Der Verkehr bleibt dabei bestehen. Keinerlei Revision der Reisenden oder des Gepäcks.

b) Gemischte Züge, die einen geschlossenen Teil haben der wie bei a) behandelt wird, ferner auch einige Wagen ohne Zollverschluss. Die in diesem letzteren Wagen fahrenden Reisenden und ihr Gepäck erfahren Zollrevision in Marienburg und Königsberg, wodurch die Züge jedesmal etwa zwei Stunden Aufenthalt haben. Die sollen sonst nur in Dirschau, Czest und Pr. Stargard halten.

c) Lokzüge, die nicht amtlich verschlossen werden und auf allen Stationen auf polnischem Gebiet halten. Zollrevisionen wie bei b).

Für den Verkehr zwischen Ostpreußen und Danzig und darüber hinaus sind entsprechende Einrichtungen vorzusehen. Auch für den Güterverkehr sind Züge in Aussicht genommen, die wie unter a, b und c behandelt werden sollen, so daß bei der Benutzung von Zügen nach a und b ein schneller Durchgang ohne Zollformalitäten, abgesehen von Verschluss und Bewachung während der Fahrt, stattfindet.

Notwendiger Ausbau in Deutschland.

Bevor die Nationalversammlung zur ewigen Ruhe ein- geht, um dem ersten Reichstag der deutschen Republik Platz zu machen, wird sie noch einige sehr wichtige Gesetze zum Aus- bau der Verfassung beschließen. Ten. Mit dem Gesetz über die Betriebbarkeit ist der Anfang gemacht. Es werden noch folgen müssen die Gesetze über die Reichstags- wahl, über die Wahl des Reichspräsidenten und über die direkte Gesetzgebung durch das Volk.

Für die Reichstagswahl schreibt die Verfassung gleiches Wahlrecht aller über 20 Jahre alten R. l. angehörigen ohne Unterschied des Geschlechts und Verhältnisses vor. Die Grundlinien sind damit gegeben, und es fragt sich nur, nach welchen Regeln die Verhältniswahl erfolgen soll. Die zu großen Wahlkreise, in denen die Wahl zur National- versammlung vollzogen worden ist, haben den Nachteil, daß sie den Einfluß der Wähler auf die Aufstellung der Kandidaten zugunsten der Parteileitungen außerordentlich verrin- gern. Dem Prinzip einer wirklichen Volkswahl, bei der der Gewählte aus den Massen der

Wähler nach ihrem eigenen Willen

hervorgeht, wird man nur näher kommen können, indem man die Wahlkreise stark verkleinert und die Möglichkeit schafft, daß Stimmenüberschüsse, die eine Partei in einem Wahlkreis erzielt, ihr in anderen Wahlkreisen zugute kommen. Ein Ausweg wird sich nicht so schwer finden lassen.

Schwieriger ist die Frage der Wahl des Reichspräsidenten. Sie erfolgt laut Verfassung durch das ganze Volk, die Ver- fassung sagt aber nicht, ob nach absoluter oder nach relativer Mehrheit. Wird man verlangen, daß nur derjenige Reichs- präsident wird, der die Mehrheit aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt, oder soll man einfach den als gewählt pro-klamieren, der die meisten Stimmen unter allen Kandidaten erhalten hat, auch wenn die für ihn abgegebene Stimmen- zahl hinter der Mehrheit aller abgegebenen Stimmen zurück- bleibt? Will man nach dem ersten Prinzip verfahren, also nach dem Prinzip der absoluten Mehrheit, so kann man sich die Präsidentenwahl etwa so vorstellen wie eine Reichstags- wahl in der alten Zeit und ganz Deutschland als einen ein- zigen Wahlkreis, der einen einzigen Abgeordneten, genannt Reichspräsident, zu wählen hat. Zum ersten Wahlgang wer- den alle Parteien ihre Kandidaten aufstellen, dann wird zwischen den beiden Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten haben, die Stichwahl ausgeschrieben, und die Wäh- ler, deren Kandidaten für den zweiten Wahlgang ausfallen, haben sich zu entscheiden, welchem von den beiden übrig- gebliebenen sie ihre Stimme geben sollen.

Dadurch würde der übliche

Kuhhandel zwischen den Parteien.

wie er früher bei den Reichstagswahlen üblich war, bei der Wahl des Reichspräsidenten zu einer kaum vermeidbaren Einrichtung gemacht, denn daß ein Kandidat im ersten Wahl- gang gleich mehr als die Hälfte aller Stimmen erhält, wird nur einen Ausnahmefall bilden. Es hat sicher seine schweren Bedenken, die höchste Stelle, die das Volk zu vergeben hat, zum Gegenstand eines obligatorischen Kuhhandels zwischen den Parteien zu machen.

Darum scheint manchem das Prinzip der relativen Mehr- heit den Vorzug zu verdienen, wenn dieses auch den Nachteil hat, daß noch kein Mann, der viel weniger als die Hälfte aller Volksgenossen hinter sich hat, zur höchsten Stelle im Reich aufrücken kann. Manfalls gäbe es eine Möglichkeit, dies zu verhindern, wenn angeordnet wird, daß im Falle, daß keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht hat, ein zweiter Wahlgang angeordnet wird, bei dem wiederum für alle Kandidaten gestimmt werden darf, jedoch derjenige, der in diesem zweiten Wahlgang an die Spitze kommt, als gewählt zu gelten hat. Dann könnten die Parteien sich im zweiten Wahlgang auf einen gemeinsamen Kandidaten vereinigen, sie wären aber nicht zu einer solchen Vereinigung gezwungen, wie das bei Anwendung des Prinzips der abso- luten Mehrheit der Fall ist. Die Möglichkeit der Vereinigung bleibt bestehen, aber der

Zwang zum Kuhhandel fällt weg.

Das dritte Gesetz, dessen rasche Erledigung dringend zu wünschen ist, ist das Gesetz über die allgemeine Volksabstim- mung, die direkte Gesetzgebung durch das Volk. Die Ver- fassung hat dem Volke dieses Recht verliehen, und es ist die Pflicht der Nationalversammlung, so rasch wie möglich die gesetzlichen Handhaben zu schaffen, mit deren Hilfe dieses Recht ausgeübt werden kann. Das Gesetz über die Volks- abstimmung wird erst das ganze System der Demokratie, so wie es in der Verfassung vorgezeichnet ist, funktionstüchtig machen und dem Grundgedanken, daß der Wille des Volkes oberstes Gesetz ist, volle Auswirkung verleihen. Wer mit uns der Meinung ist, daß der Ausbau der Demokratie das beste Mit- tel ist gegen die Veruche von Minderheiten, gewollt die Macht an sich zu reißen, der kann nur wünschen, daß dieser Ausbau nicht mehr lange auf sich warten lassen möge.

Es ist die Aufgabe der Nationalversammlung, ein Ver- fassungswerk zu hinterlassen, das es dem deutschen Volk er- möglicht, seine innern Angelegenheiten nach dem Grundgedanken der politischen Gleichberechtigung aller Volksgenossen, im Sinne demokratischer Gerechtigkeit möglichst reibungslos zu ordnen. Vollbringt sie dieses Werk, so wird die Geschichte einst von ihr sagen, daß sie alles in allem nützliche Arbeit für das Volk geleistet hat.

Bayerischer Nummenhonz.

Aus München wird uns geschrieben:

In Bayern darf der Karneval nicht gefeiert werden, aber auf die innerbayerische Politik bezieht sich das Verbot nicht. Da treiben die Bayerische Volkspartei mit ihrer Ablehnung vom Zentrum, die Bauernbündler und der antisozialistische Dr. Heim zur Erbauung ernstlicher Werte in künftigen Zeiten einen fröhlichen Nummenhonz. Einers „demokratische“ Bauernbündler wollen sich unter Führung Heims zu einer reaktionären Masse vereinigen und die Bayerische Volks- partei erschröck deswegen zu beständig, daß sie sich sofort, ohne Einhaltung einer Bewährungsfrist für die bisherigen Ge- nossen von dem total verpreudeten Zentrum losreißt. Diese Vorgänge möge man nicht ernsthaft als tiefgehende Band- lungen politischer Ziele und Grundanschauungen betrachten — sie sind nur Ausschütsse aus dem das ganze Jahr über kaffinierenden Fuchsigtreiben, so man hierzulande Politik heißt. Was davon ernsthaft zu nehmen ist, kann nur als Wahlmanöver gekennzeichnet werden. Die Bayerische Volks- partei hofft bei den nächsten Wahlen die Majorität der alten Zentrumsparthei wiederzuerlangen, da hat ihr Dr. Heim mit seinen Bauernbündlern ewige Wände in den Weg gewälzt, weil der öde und verlogene Partikularismus sein, mit dem

Trumpf bei den Wahlen wird für die Reaktion wieder ein- die Bauern seit Jahren in der Nase herumgeführt worden sind. Das große Kennen um die „Selbständigkeit Bayerns“ hat begonnen und als Ziel ist gesteckt die Ausschaltung der Sozialdemokratie und die Befestigung der Errungenschaften im Volksschulwesen! Solche Ziele entsprechen dem „berechtig- tigten“ Wünsche auf Erhaltung der Stammeseigentümlich- keiten“, zu welchen von jeher eine grundsätzliche Minderber- wertung der Volksbildung gehörte. Bildung entkräftigt, entstülpt und untergräbt die Herrschaft der Klerisei — Grund genug, das Volk zum Kampfe gegen die Sozialde- mokratie und zur Wahrung „seiner heiligsten Güter“ zu sam- meln.

Indessen vollzieht sich diese Sammlung in den spärlichen Formen banerischer Innenpolitik. Das Hauptorgan der Bayerischen Volkspartei, die „Mugsburger Postzeitung“, ver- gleicht Dr. Heim und die Bauernbündler mit dem athenischen Demagogen Kleon und hofft trotzdem, Bayern werde nicht das Schicksal des alten Griechenlands nach dem letzten Sele- ponneseischen Krieg erdulden müssen. Der Vergleich ist nicht über. Der griechische Doktor Heim zeichnete sich nicht nur durch rückwärtslose Bekämpfung seiner Gegner, denen er durch Anhängung von Prozessen das Leben sauer machte, sondern auch durch eine auf die niedrigsten Instinkte des Volkes be- rechnete populäre Berebbarkeit aus. Wenn der alte De- magog Kleon jetzt in Bayern lebte, würde er seine oratori- schen Darbietungen wahrscheinlich auch mit Bildern aus dem Leben der Sau und mit nicht immer wohlriechenden Ver- gleichen aus landwirtschaftlichen Betrieben verziehen.

Die Bundesgenossen Dr. Heims, die „demokratischen“ Bauernbündlern, füllen die Zwischenpausen der politischen Nummern durch clownartige Späße und Karikaturen aus. In öffentlichen Versammlungen und in der Presse erzählen die Bauernführer Gaudorfer und Hofmann, wie sie sich zur Zeit der verrückten Münchner Räterepublik gegenseitig in Radika- lismus überboten haben. Hofmann stimmte nach Einers Ermordung für die Verhaftung der Geleien, magte aber nicht den Beschluß zu unterzeichnen, sondern setzte Gaudorfers Na- men darunter. Im Drange der übereinander stürzenden Berrücktheiten stellte Hofmann sogar einen Haftbefehl gegen sich selbst aus. In Bayern steht ein Berg von Stoff für satiri- sche Dichter bereit, allein leider werden unsere Kleoniten nicht wie ihre griechischen Vorläufer ihren Aristophanes finden.

Solcher Art waren die Leute, mit denen der politische Kubist Kurt Einers in Bayern ein „Reich der Freiheit und Schönheit“ gründen wollte. Immer mehr zeigt sich die Un- fähigkeit dieses glänzenden Schriftstellers, Menschen und Dinge zu sehen, wie sie waren. Er sah sie nur, wie er sie zu sehen wünschte, und erbrachte damit den Nichtbeibehaltungsnachweis zur Politik. Aber sein Märtyrertum verhindert noch Tausende von Arbeitern, sein unvollständiges Wesen zu erkennen. Immerhin dürften die Entfesselungswesen seiner bauernbündlerischen Freunde einigen seiner Anbeter, wenig- stens in Bayern, die Augen geöffnet haben. —

Parteitag des Zentrums.

Berlin, 19. Jan. (B. B.) Im Plenarsitzungs-Saale der Nationalversammlung wurde heute vormittag der Parteitag des Zentrums mit einer Beurteilung des Fraktions-Vor- sitzenden Abgeordneten Trimborn eröffnet. Zum Präsi- denten wurde durch Zuruf der Präsident der Nationalver- sammlung Fehrenbach gewählt.

Eine Programmede Erzbergers.

In der Nachmittags-Sitzung des Zentrums-Partitages sprach u. a. auch Reichsfinanzminister Erzberger. Er be- zeichnete als das Ziel des letzten Wahlkampfes die Verhinde- rung einer sozialdemokratischen Mehrheit. Dieses Ziel ist erreicht worden, aber ebenso klar war, daß eine Regierung ohne Sozialdemokraten eine Unmöglichkeit war. Man hätten zwar Sozialdemokraten und Demokraten zusammen eine Mehrheit ohne das Zentrum bilden können. Aber dabei wären gerade die Dinge, auf die die Zentrumsmitglieder den meisten Wert legen, Schule und Kirche, in einer Weise be- handelt worden, die ihnen nicht hätte anfallen dürfen. Durch unsere Beteiligung an der Koalition ist nicht viel erreicht worden. Das mit den Deutschnationalen nicht zu arbeiten ist jetzt ihr Verhalten in der Nationalversammlung (lauter Krass!), noch bei den indirekten Steuern haben sie gestreift. (Zuruf: Staatsabrechnung!) Diese Staatsabrechnung ist unter den heutigen Verhältnissen der reine Bolschewismus. Die Reformen werden kommen, sobald als möglich, aber wir haben erst seit dem 10. Januar den Friedensvertrag, und es sind noch dringende Aufgaben zu erledigen, die Steuererlei- cherung, Belohnungsreform, grundlegende Bestimmungen für den Wiederaufbau. Trotzdem bin ich fest überzeugt, daß nach in diesem Jahre gemäht wird. Erzberger rechtfertigte ein- gehend seine Friedenspolitik und verwies auf die Verpflich- tung der Minderheit, bestimmte Erklärungen abzugeben, um eine Verständigung der Minderheiten auszusprechen, die das Opfer der Friedensunterzeichnung brachten. Diese Erklärungen sind abgegeben worden und diese dokumentarischen Erklä- rungen müssen draußen im Lande allen vorgehalten werden, die es mögen, unsere nationalsozialistischen Motive anzukämpfen. (Stürmischer Beifall.) Demals war eine Stunde der Rot und Anst. Die Deutschnationalen haben jetzt auf nament- liche Abstimmung verzichtet, damit die Frist für die Unter- zeichnung nicht verfallen würde. Wir wußten damals, daß wir der Verleumdung nicht entgegen würden, aber Groeber hat damals in der Fraktionsstimmung erklärt: Wenn die ganze Partei zugrunde geht, das Vaterland muß gerettet werden. (Bravo!) Mehr als jede Partei haben wir für das große Ziel, alle deutschen Brüder in ein einheitliches großes Reich zu vereinen, mächtige Impulse abgeben in die Baufchale zu werfen. Wir wollen die Nationalsozialisten nationaler Behan- dens sein: Das ganze Deutschland soll es sein. (Stürmi- sche Beifall und Handklopfen.)

Nach der Rede Erzbergers ließ das Interesse erheblich nach. Schwache Anträge gegen die Rechte wechselten ab mit Angriffen gegen die Verbindung mit der Sozialdemokratie. Doch hielt sich die Kritik an der Fraktion und den Reale- rungsmitgliefern im allgemeinen in mäßigen Grenzen. Am Dienstag gehen die Verhandlungen weiter.

Groß-Berlin an einem Haat.

Der Austausch der Preussischen Landesversammlung hat am vorigen Dienstag den grundlegenden Paragraphen 1 des Gesetzes über die Schaffung einer Einheitsgemeinde Groß- Berlin gegen die Stimmen des Zentrums angenommen. Man darf aber daraus nicht etwa schließen, daß die Durch- führung des Gesetzes irgendwie sicher wäre. Der oben wiedergegebenen Abstimmung waren heftige Debatten vor-

hergegangen, bei denen das Schicksal des Gesetzentwurfs oft an einem Haare hing. Für die Vorlage treten lediglich die Sozialdemokraten und Unabhängigen geschlossen ein. Von den Demokraten ist der Abgeordnete Kuer dagegen, der Ab- geordnete Dominikus leidet durch seine frühere Propaganda auf ein anderes Projekt festgelegt, der Abgeordnete Frenkel (Charlottenburg) schwankend und nur die Abgeordneten Dr. Bruch und Cassel entschieden für die Vorlage. Das Zentrum und die Rechtsparteien sind einmütig dagegen. Wie sie offen zugeben, aus politischen Gründen, um eine sozialistische Mehrheit in Groß-Berlin zu hintertreiben.

Den Rechtsparteien kann man ihre Haltung schwerlich verübeln, wenn man sie auch politisch für kurzfristig halten kann. Unbegreiflich aber ist das Verhalten der Regierungs- parteien. Das Zentrum hat wiederholt seine Koalitionstreue versichert und eine Grenze nur an seinem christlichen Ge- wissen gezogen. Daß dieses durch den Gesetzentwurf Groß- Berlin berührt wird, erscheint uns sehr unwahrscheinlich. Trotzdem unterstützt das Zentrum nicht nur durch lauter Ab- geordnete, die Berlin kaum kennen, die Opposition der Rech- ten, sondern geht in Unverfrohnlichkeit über sie hinaus! Man wird sich bei diesem Zeichen der Zeit allerlei denken können.

Königstreue Gefängnisbeamte.

Im Breslauer Untersuchungsgefängnis wird durch einen Oberbeamten Dienstunterricht mit den Unterbeamten abge- halten. Als Thema ist die Haus- und Dienstordnung aus ehemals königlichen Zeiten befohlen.

Unter B. Allgemeines, Absatz 5, heißt es: Die obersten Pflichten jedes Gefängnisbeamten sind Treue und Gehorsam gegen Se. Majestät den König usw., neben so vielen anderem, was in die heutige Zeit nicht mehr gehört. Die vorgelegten Stellen fordern also im Dienstunterricht noch heute Treue und Gehorsam von den Unterbeamten für die ausgerichtete Majestät. So geschehen am 27. Dezember 1919.

Unmöglich dürfen Vorgesetzte, die den Dienst auf die Verfassung des deutschen Volkes geleistet haben und ihr Ge- halt von der gegenwärtigen republikanischen Regierung be- ziehen, ihre Untergebenen monarchistisch beeinflussen. Wenn sich die Herren in einem republikanischen Staate nicht wohl fühlen können, dann ist ihnen zu raten, daß sie sich in einem monarchischen Staate nach einer Umstellung umsehen.

Vielleicht braucht der buddhistische König von Siam noch einige Oberbongzen.

Der Demokrat für die Reaktion.

Der Abg. Jöppel schreibt in der „Magd Ztg.“: Die de- mokratische Partei kann nicht dauernd an einer Politik mit- wirken, die die besten Werte des deutschen Volkes zerstört. Sie muß unter Umständen entschlossen sein, mit den Parteien rechts von ihr eine Re- gierung zu bilden. Falls diese den lächerlichen Kampf um die Verfassungsform aufgeben und die Mittel für das Reich bewilligen, erscheint schon heute aus wirtschaftlichen Grün- den die Frage offen, ob nicht die beiden Rechtsparteien mehr Lebenswerte in den neuen Staat hinüberreteten als die Sozialdemokraten. In solchem Falle darf die demokra- tische Partei nicht aus politischen Sentiment die Notwendig- keit des Augenblicks versäumen. Die Dinge stehen zugun- ständlich noch nicht so, aber das Spiel der Erzberger-Schmidt und Genossen darf nicht fortgesetzt werden.

Die deutsche Sozialdemokratie sollte jetzt, nachdem Friede und Verfassung gesichert, den Herren ruhig Gelegenheit geben, ihre Weisheit zu probieren.

Parteinachrichten.

Sozialdemokratische Partei für die Freie Stadt Danzig.

In unsere Ortsvereine und Vertrauensleute! Werte Genossen!

Unser bisheriger 2. Landesvorsitzender und Sekretär Genosse Wilhelm K r ü g e r hat eine neue Stelle als Bezirks- sekretär für den Bezirk Brandenburg angenommen.

Bis auf weiteres bitten wir für Zukunfts- und Geld- sendungen nur noch die Adresse des Genossen Fröh W e b e r, Danzig, 4. Dan. m 7 II zu benutzen.

Mit Parteigruß

Der Landesvorstand
Julius Gehl.

Genossenschaftliches.

Wirtschaftliche Kurzschichtigkeit.

Nichts ist berechtigter als die scharfe Kritik, die die kapi- talistische Wirtschaft durch Sozialisten erfährt. Aber wie mancher dieser Kritiker läuft vermöge des gemohnten inner- wirtschaftlichen Zwangs nach wie vor sein Brot im nächsten Bäckerladen, seinen Kaffee beim Kolonialwarenhändler, seine Zigarre oder Zigarette in dem Laden beim Zigarrenhänd- ler. Da kommt er an einem größeren Orte sogar zwischen mehreren Läden wählen und wechseln, und das schen ihm Freiheit. „Ich will ein freier Mann bleiben“, so sagte noch kürzlich ein Gewerkschafter, als er aufgefordert wurde, in den Konsumverein einzutreten.

Der Konsumverein also Unfreiheit: das sagte einer, der Sozialist zu sein vorgibt. Er merkte gar nicht, daß er im Händlerladen einfach dem Fremden den Profit gönnt und daß der dann, vom Großkapital gesammelt, zur Zwangs- arbeit seiner Arbeit wird. Ja, ja, die kapitalistische Velleber- schaft. Die tut, was sie will! Aber im bunten, unregelmäßigen Wan- del der Lebenslotterie wird sie fortwährend in der Er- reichung der Ziele gehindert, weil das eigene Belieben immer und immer wieder mit dem des anderen zusammenstößt. Und dann gib's Krach, Kampf, womöglich Krieg. Der eine entbehrt, purzelt und stirbt, während der andere Geschäfte macht und die herrlichste aller Welten preist.

Die Konsumvereinsmethode würde, allgemein durch- geführt, allerdings diese Vellebersfreiheit aufheben, also in- sofern wirtschaftlichen Zwang bedeuten. Denn dann könnte, abgesehen von nebensächlichen Einzelheiten, niemand seine Produkte verwerten als einzig durch ihn und niemand seinen Bedarf erhalten als in seinem Geschäft. Entschuldig! Aber dadurch würde jeder seine möglichen Ziele weit sicherer er- reichen, also dann weit, weit mehr Freiheit gewinnen. Er würde wissen, was und wo und wie er Güter erzeugen kann und als Gegengabe dafür ohne Sorge erhalten können, was er bedarf. Dabei blieben doch ganz erhebliche Wohlstand- teilen, mehr wahrscheinlich, als unter dem heutigen Zwang der Zufallswirtschaft mit ihrem äußeren Politzwang.

Verschärfung der Klassenkämpfe in Amerika.

Die sozialen Kämpfe Europas haben ihre Schatten über Amerika gemorfen. Die amerikanische Großbourgeoisie ist auf das schwerste beunruhigt; sie wittert das Gespenst der sozialen Revolution auf ihrem eigenen Erdball und mobilisiert dagegen die Staatsgewalt. Täglich verbreiten Reuter und Havas Schauer Meldungen von entbedekten Lagern von Explosivstoffen, von Höllenmaschinen, die durch die Post hervorragenden Persönlichkeiten zugesendet wurden, von geheimen Druckereien, von Plänen weitverzweigter Organisationen, die den gewalttätigen Sturz der herrschenden Regierung und die Ermordung ihrer hervorragendsten Beamten zum Ziele haben sollen. Täglich werden Hunderte Vertrauensmänner der Arbeiterschaft verhaftet, die Redakteure der sozialistischen Zeitungen in die Kerker geworfen, ausländische sozialistische Agitatoren deportiert. Im Justizauschuss des Washingtoner Repräsentantenhauses wird eben eine Reihe von Ausnahmegerichten gegen Sozialisten, Anarchisten und Kommunisten beraten. Der Hilfsgeneralanwalt Horton begründete diese Befehle mit dem Hinweis auf die höchst gefährlichen Umtriebe der „Radikalen“. Das amerikanische Justizamt befiehlt, so behauptet er, die Personallisten von 60 000 Radikalen, die die Regierung der Vereinigten Staaten mit Gewalt stürzen wollen; hundert in der Landesprache, zweihundert in fremden Sprachen erscheinende und einhundertvierundvierzig aus anderen Ländern, vornehmlich Südamerika, importierte Blätter predigen mehr oder weniger verhüllt den gewalttätigen Umsturz; achtundzwanzig dieser Zeitungen werden von der Exekutive der Industrial Workers of the World, den großen Verbänden der ungelerneten Arbeiter, herausgegeben. Am 2. Januar wurden allein 4500 „Radikale“ verhaftet und bis zum 3. Januar in fünfzig Städten „die Hauptquartiere der Kommunisten“ aufgehoben. Die Aera der Sozialistenverfolgung allergrößten Umfangs, die nun in Amerika anhebt, spiegelt die Verschärfung der Klassenkämpfe und der Klassenkämpfe auf diesem Erdteil.

Die amerikanische Hochfinanz und die Großindustrie sind in Wahrheit die großen Kriegsgewinner des Weltkrieges. Sie haben die kämpfenden Heere und die nolleidenden Hinterländer der europäischen Alliierten mit Rohstoffen und Lebensmitteln, mit Waffen und Geschossen versorgt. Der rollende Dollar hat ihre Finanzgebäude getragen. Die amerikanische Industrie war während des Krieges reich beschüttigt, ihre Gewinne waren riesengroß. Die ganze Welt wurde Amerikas Schuldner, dem amerikanischen Finanzkapital tributär. Aber alle Staaten Europas sind bankrott, zahlungsunfähig geworden. Sie bedürfen weiterhin großer Kredite, um ihre zerstörte Wirtschaft neu aufzubauen, sie sind daher nicht vermögend, selbst nur den Zinsendienst der amerikanischen Schulden zu bestreiten. Der reiche Goldstrom, den das amerikanische Finanzkapital erhoffte, ist in seinen Quellen versiegt. Dies erkennend, stündete es den europäischen Schuldner für drei Jahre den Zinsendienst. Aber zur Gewährung von neuen Krediten an Europa ist das amerikanische Kapital nicht bereit.

Der Weltkrieg hat den in einem Jahrhundert emsiger Arbeit aufgespeicherten Warenreichtum Europas zerstört. Ein Warenhunger ohne gleichen durchzittert die europäische Menschheit. Der amerikanische Produktionsapparat ist während des Krieges nicht allein unverfehrt geblieben, sondern

beispiellos gewachsen. Der amerikanische Erfindergeist hat in der Periode der Kriegsprosperität neue, ergiebigere, ertragreichere Formen des Produktionsprozesses gefunden. Die gleiche Zahl von Arbeitern vermag heute mehr Produkte zu erzeugen als vor dem Kriege. Die amerikanische Volkswirtschaft diente während des Krieges ausschließlich dem riesengroßen Bedarf der geschlagungrigen Fronten. Die Millionen Hände erzeugten Geschütze und Granaten, Lants und Panzerplatten, Maschinengewehre und Patronen. Rasch vermochte sich die elastische amerikanische Industrie auf den Friedensbedarf umzustellen. Sie ist heute fähig, in kürzester Zeit Tausende Kilometer Eisenbahnschienen, zehntausende Lokomotiven und Waggons, hunderttausende Dampfpflüge und Dreschmaschinen, Millionen Drehbänke, Milliarden Schrauben herzustellen. In den Rieselevatoren Amerikas strömt der Ertrag der Riesensarmen des fruchtbaren Erdteils zusammen. Europa hungert nach Brot, Europa hungert nach Lokomotiven und Waggons, nach Eisenbahnschienen, nach Dampfpflügen, nach Dreschmaschinen, nach Stahl- und Eisenwaren. Von alledem besitzt Amerika in reicher Fülle; Amerikas Rohstoffreichtum, Amerikas höchst entwickelte Produktionskraft könnte den Warenhunger Europas befriedigen. Aber der Kapitalismus produziert nicht, um Hunger zu stillen, sondern um Profite zu geminnen; er produziert nicht für die Bedürftigen, sondern für die Zahlunfähigen. Und Europa ist zahlungsunfähig. Drüben, jenseits des Ozeans, liegen die Güter, die den beispiellosen Mangel der europäischen Menschheit zu beseitigen vermöchten; in Amerika springen die Quellen, die den erstorbenen Produktionsprozess Europas wieder rasch beleben könnten. Aber der Kapitalismus kennt nur die Barzahlung und Europa ist zahlungsunfähig. Amerika erstickt in seinem Warenreichtum und Europa ringt in seiner Armut mit dem Tode.

Die Wirkungen der kapitalistischen Krise auf höchster Stufenleiter, der die Menschheit des vorkriegsreichsten Erdteils zum Opfer fällt, werden aber jenseits des Ozeans immer fühlbarer. Während des Krieges waren in Amerika alle Hände voll beschäftigt, die Arbeitslöhne hoch, die Stellung der Arbeiterklasse in den Betrieben und im Staate achtunggebietend. Mit dem Kriegsende brach die Periode der Hochkonjunktur plötzlich ab. Ein Heer von Arbeitslosen entstand, das täglich durch die zurückfließenden Truppen von den europäischen Kriegsschauplätzen vergrößert wurde. Es wucherte auf den Arbeitslosen und senkte ihn. Während des Krieges waren die Preise aller Lebensgüter gestiegen; denn die europäische Nachfrage nach ihnen war sehr groß gewesen. Aber der erschöpfende Krieg hatte die Preisstruktur nicht nach abwärts gedrückt; denn der Bedarf Europas ist unermesslich groß, ist noch größer geworden, und solange dem amerikanischen Kapital noch die entfernteste Möglichkeit winkt, seine Waren zu den hohen Preisen in Europa zu verkaufen, sind sie auch dem amerikanischen Volke nicht wohlfeiler. Die Teuerung hält daher in Amerika an. In Tausenden großen Streiks versuchte nun das amerikanische Proletariat, seine Löhne den gestiegenen Preisen anzupassen. Der amerikanische Großkapitalismus, der die Arbeiterklasse nach dem Kriege nicht in dem Maße als während des Krieges bedarf, nahm den Kampf auf. Mit zäher Erbitterung, mit dem Aufgebot der gesamten staatlichen Machtmittel, die er in einer Ausschließlichkeit wie nirgends in der zivilisierten Welt beherrscht, verteidigte er das System des Fabrikabschlusses, Koalitionsrecht, Versammlungsfreiheit, Redefreiheit wurden in diesem

Musterland der Demokratie zu schmerzhaften Begriffen. Während des Arbeiterstreiks wurden in den Industriekernen Farrell, Monessen, Donora, Duquesne Arbeiterversammlungen überhaupt nicht geduldet; über die Kohlenfelder in Guyan, Westvirginien, herrscht der Kohlenstreik unbeschränkt. „Derjenige, den ihre Bereinigung nicht haben will“, berichtet ein Korrespondent der „World“, „darf sich überhaupt in Guyan nicht aufhalten.“ Aber der harte Druck des Kapitals steigert den Gegendruck des Proletariats. Amerikas Söhne hatten in Flandern und in Belgien für die Ideale der Demokratie gekämpft. Nun heimgekehrt, fanden sie ein System der Wirtschaftskriegsbedürftigkeit vor, wie sie es bisher nicht gekannt hatten. In dem amerikanischen Arbeiter hatte der Glaube gelebt, daß aus dem Chaos des Krieges eine Welt der sozialen Gerechtigkeit entstehen werde. Nun der Krieg abgeschlossen ist, drückt ihn das Joch der Lohnsklaverei noch härter. Die Revolutionen Ost- und Mitteleuropas haben die Sehnsucht der Arbeiter und Soldaten nach einer glücklicheren Zeit mächtig entflammt. Aber dem exportstrebenden Proletariat haßt sich die Faust der vom Kapital beherrschten Staatsgewalt entgegen. So bemächtigte sich der Arbeiterklasse eine tiefe Erregung; mit wachsender Wucht führt es den Klassenkampf. Waren vor dem Kriege die American Federation of Labour, die von Compers geleiteten konservativen Arbeiterverbände gelernter Arbeiter die Träger des Klassenkampfes, so rückt nun die Industrial Workers of the World, der radikale Industriearbeiterband der ungelerneten Arbeiter, zur Vortruppe der Kämpfer vor. Erschöpft sich die politische Lattil der amerikanischen Gewerkschaften vor dem Kriege im Kampf mit den beiden großen, um die Macht im Staate ringenden bürgerlichen Parteien — der republikanischen und der demokratischen Partei —, so bricht allmählich im Bewußtsein der amerikanischen Arbeiterklasse die Erkenntnis durch, daß sie selbst um die Macht im Staate ringen und der Politik der Bourgeoisie eine selbständige Politik des Proletariats entgegenzusetzen muß. Freilich haben die großen Enttäuschungen der amerikanischen Demokratie Teile der Arbeiterklasse dem Glauben an die parlamentarische Aktion abwendig gemacht. Die Schreckensbilder weitverzweigter anarchistischer Verschwörungen, die täglich die bürgerlichen Zeitungen malen, sollen dem naiven amerikanischen Bürger die Notwendigkeit der Ausnahmegefehrung und der Herrschaft der reaktionären republikanischen Partei, die zum Wahlkampf um den Präsidenten aufmarschiert ist, aufklügeln machen. In Wirklichkeit sind die beiden kommunistischen Parteien der Vereinigten Staaten noch schwach. Aber die Gewaltpolitik des Kapitalismus wird im zunehmenden Maße die gesamte Arbeiterklasse revolutionieren.

Als im Jahre 1871 die deutsche Heere siegreich in Frankreich zurückkehrte, glaubten die deutschen Junker und Kapitalisten ihre Zeit für gekommen. Eine Aera blutigster Sozialistenverfolgung hob an. Aber in der Feuergrut des Klassenkampfes erstarkte die deutsche Sozialdemokratie; sie zerbrach die Fesseln des Sozialistengesetzes und wurde zur mächtigsten Partei des Landes. Der siegreiche amerikanische Imperialismus greift im Klassenkampf die gleichen Methoden der brutalen Gewalt wie der siegreiche deutsche Junkerfeudalismus. Der Gewaltkampf aber, den er entfesselt, wird das Klassenbewußtsein der amerikanischen Arbeiter desto rascher reifen lassen und mit zwingender Notwendigkeit zur Erklarung ihrer Klasse führen. Auch der amerikanische Kapitalismus züchtet nur seine Lehngräber.

Der Schandfleck.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig K. zengruber.

(Fortsetzung.)

Diejenige, welche den jungen Reindorfer als ungewandelt hatte, hieß Josefa Melzer und bewohnte mit ihrer Mutter das kleinste und baufälligste Häuschen im Orte, außer diesem konnte die alte „Melzerin“ dereinstens ihrer Tochter nichts hinterlassen, als einen ebenso übel bewahrenen Ruf, dessen übrigens die Josefa gar nicht bedürftig war, denn sie hatte sich schon aus eigenen Mitteln die Beschaffung eines solchen angelegen sein lassen.

Ein Monat mochte herfließen sein, seit Leopold, zur Verwunderung der Ortsbewohner, öfter in dem verfallenen Häuschen einsprach, als eines Abends Josefa, von der Arbeit heimkehrend, die Alte sehr erblanmt fand.

„Warst du heute schon mit dem jungen Reindorfer zusammen?“ fragte sie leidend.

Die Dirne warf den Grassbüdel und die Stichel beiseite und nahm den breitkrempigen Strohhut ab. „Nein,“ sagte sie, „aber er wird wohl jetzt noch Feierabend kommen.“

„So rede einmal mit ihm, dummes Ding, daß es zu etwas führt. Wie lange denkst du denn, daß ich noch zuzwartem kann? Ich möchte doch meine paar Tage auch noch auf dem Reindorferhofe in Ruh und Wohlstand verleben können. Hab ich dich darum auf den Burtschen gehetzt und dir gesagt, mach dich an ihn, der steht nicht nahezu, wenn man ihm nur die Ware ins Haus bringt, — damit du dich wieder so dumm anstellst, wie jedes frühere mal? Weiß Gott, das arme Stueche hat du mir genug gemacht und hab ich dir genug nachgesehen, es wäre nun wohl auch Zeit, daß du mich wieder am Allerheiligentag nicht wieder das kleine Grab aufpuffest, das rat ich dir! Ich sag dir, diesmal sehe ich nicht so zu, aus dem Hause sag ich dich, — an dem nichts wird! Willst du zu warten, dem langweiligen Tropf, bis dich die Leute ihm abreden? So lang das Eisen heiß ist, muß man's schmieden, ist nun einmal alles in der Natur, nach der Hochzeit mag sich einer wohl dorein schiden; man kann auch alles anders deuten und drehen, und er tat sich nur selber einen Schaden, wenn er daran glaubt. Aber so wirst du die Zeit verpassen, der Zeit wird wieder da sein, da rückt er wieder auf vier Wochen ein und ich seid auf so lange voneinander; vom Ort kommen auch Burtsche mit, aber du, natürlich, nimmst dich weder vor denen in acht, noch vor jenen, die verbleiben! Und da ist wieder nichts darauf zu geben, und ich geh auch nichts darauf!“

„Du meinst gerade, daß ginge mir so, und wenn man „Seserl“ sagt, ist's Häfen fertig,“ sagte trotzig die Dirne. (Weibes für Sagen, Topf.) „Meinst du, es hat ihm keine Ruhe, wenn man selber keine Bedenken darauf hat, und man soll zünftig sein gegen einen, der ist wie ein Stichel Golt?“

„Nun ja, du wilde Hummel, nur bring ihn einmal darauf, was zu geschehen hat, liegt ihm das nur erst im Kopf, dann gibt es ihm selber keine Ruhe und er setzt sich schon daran.“

„Guten Abend, Melzerin,“ sagte Leopold eintrübend, „grüß dich Gott, Seserl.“ (Josefa.)

„Guten Abend.“

„Die Mutter erlaubt's schon,“ sagte der Burtsche. „Magst mit mir über die Felder gehen?“

„Ich weiß nicht, ob es auch recht ist,“ sagte die Dirne, „es schaden so schon alle Leute, wie oft du kommst, und es bringt einer ledigen Dirne keine gute Nachrede, wenn sie mit einem Burtschen längere Zeit geht. Es hat keinen Schick und keinen Zweck.“

„Schau, wie sie sich an das hält, was schicklich ist,“ meinte die Alte und lachte Leopold mit dem zahnlosen Munde an. „Kriegt einer einmal ein braves Weib an ihr!“

„Keine ich es denn nicht ehlich?“ fragte Leopold.

„Das wirst du freilich selber am besten wissen,“ schwallte die Dirne.

„Ich meine es aber ehlich,“ sagte aufbrausend der Burtsche. „Und ich will dich auch zu meiner Bäuerin machen!“

„O, du lieber Herzensschick! Aber schau, davon wissen halt die Leute nichts.“

„So sollen sie es morgen schon wissen und heute noch der Vater!“ Als Leopold das sagte, tat er gewaltig fieser, als wäre mit jenem ausgeprochenen Wörtchen schon alles abgemacht und ausgeglichen, und als ob er gar kein Unbehagen verspürte, wenn er dabei an die Unterredung mit seinem Vater dachte.

„O du mein Herzens-Leopold, wenn das dein Ernst wäre!“ rief Josefa.

Die Alte aber faltete die Hände vor freudigem Schreck und sagte: „Jesus! Dirn, für so ein Glück kommst du unserm Herrgott all dein Leben lang nicht genug danken.“

„Nun, geht's jetzt mit mir?“ fragte Leopold, überessen um sich blüend.

„Dir tue ich ja alles für mein Leben gern, und jetzt, wo es auch sein darf, brauchst gar nimmer zu fragen, du mein schönst, goldiger Leopold, du!“

Und sie gingen über die Felder.

Wie immer hatte Josefa das Wort zu führen; heute aber machte sich das leicht, da sie nur über das ungeheure Glück, das ihr widerfuhr, gewaltig stolz zu tun brauchte, — das tat sie auch ganz ungeheuerlich —, um wieder bei Leopold der Stolz zu erwecken, ein Burtsche zu sein, der „eine“ so merkwürdig glücklich machen könne. Beim Abschiede sagte Josefa die vielleicht weniger aufrichtig gemeinte Versicherung hinzu: „Wenn ich dich hätte nicht kriegen sollen, glaub mir, ins Wasser wäre ich gegangen!“

„Es war immerhin ein hübscher Schluß.“

Leopold lachte verlegen und zugleich begünstigend, auch bei den unzufügigeren wissen auf solche Reden nichts zu sagen. In dieser

Bedrängnis faßte er einen großen Entschluß. „Ich sag's Dirne an sich und — ihre Stippen suchten sehr geschickt die fernem.“

Er machte sich los; er war ganz rot geworden, murmelte „Gute Nacht“ und schlich davon.

Die Dirne sah ihm nach. „Laf er ihr Leid oder sollte sie lachen? Sie wußte es selbst nicht.“

Der junge Reindorfer aber schritt bald rüstiger aus. Auf dem Wege versuchte er sogar den Gefühlen, die ihn bestärkten, durch Biergelige Luft zu machen, diese besahen zwar keinen ethischen Gehalt, aber auch den andern keine sehr große gut nützlich.

Je näher es aber dem väterlichen Geschäfte kam, desto heftiger wurde er, schweigend betrat er das selbe, schweigend nahm er an dem gemütsamen Abendbrot teil und als der alte Reindorfer vom Tische aufstand, um bei dem Schlafengehen den gemauerten Rundgang durch Hof, Scheuer und Garten anzutreten, ging er hinter ihm her.

Als der Alte das merkte, blieb er stehen.

„Was kauft du denn hinter mir her, wie ein Hummerl (Spitz)?“

„Vater,“ sagte der Leopold, an ihn herantretend, „so geht es nimmer.“

„Was geht nimmer?“

„Ich fühl mich, das Bedigsein tut mir kein gut, ich meine, ich hätte es öfters lang genug ausgehalten, jetzt mag es mir aber stummer laugen.“

„Geiraten willst?“ fragte der Vater.

„Ja,“ sagte der Burtsche.

„Hast dir vielleicht schon eine ausgesucht?“

Leopold lachte.

„Schau, schau, wer war denn die nächter?“

„Melst, — die Melzer Seserl mücht mir gerade anstehen.“

„Die Melzer Seserl?“ Der Alte sah seinem Sohne gerade in das Gesicht, und als er merkte, derselbe spaffe nicht, lehnte er ihm den Rücken zu und brumnte: „Mußt belächeln, so lach dir was anderes; darup wird nichts, all mein Beding nicht!“

„Warum nicht, Vater? Ich werd doch den Grund wissen dürfen!“

„Einen Grund?! Ich frag, wer mücht die all Schmeigeltöchter in dein Haus aufnehmen — und vielleicht noch ihre Mutter, die alte Hege, als Daraufrage dazu, nicht? Was, da bist verrückt! Weist du denn nicht, Laf die Beut da herum viel von ihr zu reden wissen, nur nichts Gutes?“

„Oft reden die Beut gar viel,“ sagte Leopold froh.

„Aber da nimm mit Unrecht, und wär da auch nur ein Drittel von dem Gerde wahr, mehr brauchst dich einer gar nicht zu belangen.“

„Und wär das Ganze wahr, alles miteinander, so mücht ich doch wissen, was in der Welt das was anginge, wenn es mich recht ist und ich mir nichts daraus mach.“

(Schluß folgt.)

Vergesellschaftung.

Von Karl Kautsky.

Der Revolution stehen zwei Aufgaben zu, einmal das, was 1848 verjährt ist, auf dem Gebiete der bürgerlichen Demokratie durchzuführen, und zweitens, die Durchführung des Sozialismus. Meist wird er als Macht- und Lohnfrage aufgefaßt. Sozialismus bedeutet Aufhebung des Kapitalismus, aber auch Weiterführung der Produktion.

Die wichtigsten Kennzeichen der kapitalistischen Produktion liegen in dem Drang, nach technischen Neuerungen, und das ist an sich ein großer Vorzug. Aber er bringt einen Organismus mit sich, der die Abhängigkeit des Arbeiters von den Launen des Kapitalismus und die Unfruchtbarkeit seiner Lage, seiner Planlosigkeit der Produktion, deren Folgen zeitweise Krisen sind.

Gegen dieses Uebel empört sich das Proletariat. So erwacht aus dem Kapitalismus heraus der Sozialismus. Dieser ist aber nur da gestattet, wo die Entwicklung der Technik durch den Kapitalismus zur höchsten Entfaltung gebracht ist. Sonst schafft man eine allgemeine Ungleichheit und Unwissenheit der Massen.

Sozialismus ist daher nicht unter allen Umständen möglich. Das ist eine Binsenwahrheit für jeden Sozialisten und doch wird sie heute vielfach verkannt. Die moderne Industrie ist nicht möglich ohne Wissenschaft und ohne einen großen Stand hochentwickelter Intellektueller. Deshalb ist der Standpunkt der Syndikalistin und Kommunisten falsch, die da wollen, daß die Arbeiter allein die volle Produktion übernehmen sollen. Ohne technische Kenntnisse ist das unmöglich.

Die Enteignung aller wäre sehr einfach, führt aber nicht zum Sozialismus. Dieser erfordert vielmehr die Organisation der Produktion und des Abzuges durch die Arbeiter und Konsumenten auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse.

Die drei Faktoren: Wissenschaft, Arbeit und Produktion haben immer neue Organisationen zu schaffen. Wollte man einer Gruppe die Aufgabe allein überlassen, so würde das nicht zur Förderung der Produktion führen, sondern es bestände die Gefahr einer Herabsetzung derselben durch Lohn-erhöhung und Verringerung der Arbeitszeit. Die sozialistische Produktion kann nicht auf allen Gebieten gleichmäßig ein-setzen. Das kann nur schrittweise geschehen und nur auf den Gebieten, die dazu reif sind. Bei den andern aber soll man vorbereiten und sie dann auf Grund der gemachten Erfahrungen sozialisieren.

Die russische Methode: „Erst wags, dann wägs“, hat die Notlage des russischen Proletariats nur gesteigert und enormes Vergeßgeld gekostet. Die russischen Genossen selber mahnen, von ihren Fehlern zu lernen. Wir müssen in der Tat unfehlbar verhängern, wenn wir nicht bald die ganze Produktion wieder in Gang bringen können, nicht bloß die sozialistische, sondern möglichst auch die kapitalistische. So- fortige Sozialisierungsversuche sind ein Schlag- wort, wie das andere, jede kapitalistische Produktion unmöglich zu machen. Sehr populär ist die Methode, durch unmäßige Arbeiterforderungen den Abzug unmöglich zu machen. Das heißt aber Mittel der Bereicherung in Mittel der Verarmung der Gesellschaft zu ver- wandeln und ist nicht Sozialisierung der Produktion, sondern Sozialisierung des Bankrotts!

Für Ein- und Auswanderer.

Das Reichswanderungsamt sieht sich veranlaßt, vor dem Eintritt in die Heeresdienste irgendeiner fremden Macht zu warnen. Es ist das nach dem Friedensvertrag verboten und liegt auch nicht im Interesse der Betroffenen selber. Es sind die Verhältnisse im japanischen Heeresdienst sehr ungünstig, das gleiche gilt für den Eintritt in die holländische Kolonial- armee. Beförderungsmöglichkeiten für Deutsche gibt es hier nicht, auch ist der Übergang in bürgerliche Stellungen sehr erschwert.

Nach China wird bis jetzt seitens der chinesischen Be- hörden keine Einreisegenehmigung erteilt. Auch sind die Bestim- mungen, die den Deutschen das Reisen in China verbieten, noch nicht aufgehoben. Briefe nach China werden, wenn sie über englische Schiffslinien gehen, noch immer von den eng- lischen Behörden behufs Zensur geöffnet. Wer das ver- meiden will, sende sie über Amerika; er muß sie dann mit folgender Aufschrift versehen: „To be forwarded by American steamer only“.

Die verschärften Bestimmungen gegen Ausländer in Dänemark sind bis Ende 1920 verlängert worden.

Das englische Unterhaus hat eine erhebliche Verschärfung der Bestimmungen gegen feindliche Ausländer be- schlossen. Unter andern wird bestimmt, daß, wer von den bis jetzt in England verbliebenen feindlichen Ausländern die Erlaubnis zum weiteren Verbleiben nicht erhält, das Land innerhalb sieben Jahren nicht wieder betreten darf. Es kann von ihm sogar verlangt werden, daß er sich in sein Heimat- land begibt. Drei Jahre lang darf kein feindlicher Aus- wanderer im vereinigten Königreich Land erwerben, eben- wenig darf er in dieser Zeit an einer sogenannten „Schlüssel- industrie“ direkt oder als Gesellschafter beteiligt sein oder Geschäftsanteile einer britischen Schiffsgesellschaft besitzen.

Die polnische Regierung ist bemüht, 200.000 Arbeits- löse für den Wiederaufbau in Nordfrankreich abzugeben. Bei so enormer Arbeitslosigkeit ist deutschen Arbeitslosen nicht zu rufen, nach Polen zu gehen, ganz abgesehen von den sonstigen Schwierigkeiten, mit denen sie dort zu rechnen haben.

Die Arbeitsverhältnisse in Schweden weisen im all- gemeinen eine Tendenz zur Verschlechterung auf. Nur die Metall- und Textilindustrie machen eine Ausnahme.

Venezuela ist ein sehr dünn besiedeltes Land, das noch Platz für Ansiedler hätte, nur sind die Zustände politisch noch sehr unsicher, eine Folge langjähriger Bürgerkriege. Darunter haben auch die wirtschaftlichen und sanitären Ver- hältnisse des Landes stark gelitten. Die bisherigen Kolonisten haben es zu Wohlstand nicht bringen können. Viele der Ein- gewanderten sind deshalb erneut nach Brasilien ausgewan- dert. Neuerdings bemüht sich die Regierung, die Einwande- rung durch eine entsprechende Gesetzgebung zu fördern, jedoch sind die vorgelegenen Staatsmittel bis jetzt noch nicht bereitgestellt. Zur Auswanderung nach Venezuela kann aber selbst dann nicht geraten werden, wenn sie von der hiesigen Regierung noch so sehr erleichtert wird, weil das Klima sehr ungesund ist und zudem, wie schon erwähnt, auch noch die

staatliche Gesundheitspflege sehr im argen liegt. Auch haben es die verschiedenen Regierungen des Landes bisher an jeder Befähigung zu wirklicher Kolonisationsarbeit fehlen lassen.

„Lunch in Ypern“.

Die von dem englischen Reisebureau Coak veranstalteten Luxusfahrten nach den Schlachtfeldern haben begonnen, und unter ihnen befindet sich ein Ausflug nach Ypern, der jeden Sonnabend für eine ausgewählte Gesellschaft unter Führung stattfindet. Dieser Vergnügungsausflug, bei dem man nur „vornehme Hotels“ besucht und in „erstklassigen Autos“ fährt, findet auch in England nicht ungeteilten Bei- fall, wie ein Aufsatz beweist, den ein britischer Ypernkämpfer Stephen Palmer in der „Daily News“ veröffentlicht. „Lunch in Ypern“ vorgesehene, schreibt er: „als ich das in einem Ra- meraden vorlas, der auch einige Monate in den Dörfern ver- bracht hatte, die es jetzt nur noch auf der Karte gibt, da sah er mich mit einem seltsamen Ausdruck an, und wiederholte die Worte: „Lunch . . . in . . . Ypern.“

Dann lachte er, und ich war froh darüber, denn ich glaube, er würde mich an einen anderen Lunch erinnern, den er und ich und noch ein Dritter dort zusammen hatten, ein Frühstück, das zwei von uns zu vergessen schwer wird und dem dritten, dem armen Kerl, sehr leicht. Wirklich, es war für uns lustig in dem Prospekt zu lesen, daß „daran erinnert werden muß, daß das Leben in Belgien gegenwärtig noch sehr teuer ist.“

„Sie hätten das Leben noch teurer gefunden“, sagte mein Freund, „wenn sie damals nach Belgien gekommen wären, als das Sterben dort so billig war!“ Er nahm dann die kleine Druckschrift auf und las eine kurze Zeit darin. Dann sah er mich plötzlich an und sagte: „Kannst du dir den Führer vorstellen? Kannst du hören, wie erzählt: „Dies meine Herren und Damen, ist der sogenannte Höllenfeuer-Winkel. Das Granatfeuer des Feindes lag am stärksten auf dieser Stelle, und Tausende sind hier hingemäht worden. Sie könn- ten auch bemerken, daß die Bäume in der Umgebung dieses Gebietes alle in recht schlechtem Zustand sind.“ Über wenn er auf dem Wege nach Menin beklammert: „Zur linken Hand, meine Damen und Herren, bemerken Sie einen Tank, der in einem Granatloch steckt. Es ist anzunehmen, daß die ganze Besatzung des Tanks getötet wurde. Zur rechten Hand können Sie, wenn Sie sich auf die Fußspitzen stellen — denn es ist im Grafe verborgen — die Ueberreste eines britischen Flugzeuges erkennen, das hier in Flammen abstürzte. Der Körper des Führers konnte nicht mehr aufgefunden werden.“

Dann sah er mich wieder an mit einem merkwürdigen Ausdruck und sagte plötzlich: „Möchtest du solch ein Führer sein? Ich möchte es. Ich möchte sie zu einer Stelle führen, ganz in der Nähe von Ypern, und zu ihnen sagen: „Hier meine Herren und Damen können Sie den berühmten flandrischen Schlamm betrachten. Er ist zwar jetzt ziemlich ausgetrocknet, und es nicht mehr so viel Schmutz und Wasser in den Granatlöchern, als früher drin war. Aber hier meine Herren und Damen, hier war es, daß ich sah, wie ein guter Freund von mir in den Schlamm versank. Ich sah ihn lang- sam tiefer in die graulige, zähe Masse geraten, und ich konnte nichts tun, um ihn zu retten. Ich sah, wie der Schmutz um seine Schultern spritzte, um seinen Hals, um sein Gesicht. Ich sehe dies Gesicht noch ganz deutlich. Er schrie mir zu ihm zu erschrecken . . .“ (Botschaft Zürich.)

Bewerkschaftliches.

Sabotage im Telegraphen- und Telephonverkehr.

Im westlichen Industriegebiet ist durch Sabotage der Streikenden der Telegraphen- und Telephonverkehr erheblich geschädigt worden. Nach einwandfreien Feststellungen han- delt es sich hierbei um ein vorbereitetes Komplott zur Stö- rung des Drahtverkehrs. An zwei Stellen sind ganze Kabel mit je 25 Leitungen zertrümmert worden. Der Beamtenschaft angehörige technische Angestellte arbeiten an der Behebung der Störungen. Unter dem Druck der Verhängung des Ausnahmezustandes erklärten sich auch die Streikenden bereit, die Anschlüsse für gemeinnützige Zwecke wiederherzu- stellen. Das Reichspostministerium soll mit den streikenden Telegraphenarbeitern verhandelt haben.

Volkswirtschaftliches.

Dividenden.

Held u. Franke A.-G., Berlin. Die Beschäftigung bisher noch immer im ganzen zufriedenstel- lend. In der Tiefbaustellung zwei Jahre mit Aufträgen versehen. Weitere große Aufträge zu erwarten, so daß mit dem Anteil, der der Gesell- schaft an dem Wiederaufbau in Frankreich voraus- sichtlich zufließen werde, volle Beschäftigung in Aus- sicht stehe.	15 Proz. 10 Proz.
Deutsche Babcock- und Wilcox-Dampfkesel- Werke A.-G. in Oberhausen	12 1/2 Proz.
Berliner Maschinenbau-A.-G. vorm. C. Schwanhölff	12 Proz.
Corona, Fahrradwerke und Metallindustrie A.-G. in Brandenburg a. H. Die Werke haben sehr reichliche Beschäftigung bis in den Spät- sommer hinein. Ausichten nicht ungünstig.	12 Proz.
J. Böhmig A.-G. in Wilm. Das Werk hat reichlich Aufträge erhalten; die Beschaffung von Materialien werde aber von Tag zu Tag schwie- riger.	12 Proz.
Wagenfabrik Herdingen Akt.-Ges. Großer Bestand an Aufträgen. Umsatz in den ersten drei Monaten d. d. Jahres auf 6,5 Mill. M. gegen 3,5 Mill. M. in der entsprechenden Zeit des Vor- jahres gestiegen.	10 Proz.
C. S. Akt.-Ges. H. J. Edel, Cöthen.	10 Proz.
Landwirtschaftliche Maschinen	10 Proz.
Köster Jander-Koffmache	14 Proz.
Maschinenfabrik Baum A.-G., Herz	17 1/2 Proz.
Planade-Hof, Berlin	8 Proz.
Dortmunder Victoria-Brauerei A.-G.	10 Proz.
Stettiner Victoria-Brauerei	7 Proz.
Akt.-Brauerei Henkels-Brandenburg	4 Proz.
National-Brauerei-Brandenburg	3 Proz.
Berliner Stadt-Brauerei	14 Proz.
Wilmersdorfer Friedrichshagen	8 Proz.

Lokales.

Die kaufmännischen und technischen Angestellten der Danziger Industrie.

Der Schlichtungsausschuß Danzig hat in seiner Sitzung vom 16. September über die Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse für die kaufmännischen und technischen Angestellten der Industrie Danzig folgenden Schiedspruch gefällt:

1. Arbeitszeit. Die Arbeitszeit ist die gesetzliche im Sinne der Verordnung vom 18. März 1919. Sie darf 48 Stunden in keinem Falle über- schreiten. Ueberstunden dürfen für Werkmeister und Betriebsbeamte nur in dringenden Ausnahmefällen und nur auf Anordnung des Arbeit- gebers geleistet werden. Sie sind mit einem Zweihundertstel des Monatsgehalts und 25 Prozent Zuschlag zu bezahlen. Für Sonntags- und Nacharbeit wird die Vergütung auf ein Zweihundertstel des Monatsgehalts zusätzlich 50 Prozent festgesetzt. Als Nach- arbeit gilt die Arbeit in der Zeit von 8 Uhr abends bis 8 Uhr früh. Eine Frist von ungefähr 20 Minuten vor oder nach der regelmäßigen Arbeitszeit ist nicht als Ueberstunde zu rechnen.

2. Entlohnung. Die unten aufgeführten Gehaltsätze sind als Mindestgehälter anzusehen, über die hinaus höhere Gehälter vereinbart werden können. Bestehende günstigere Gehaltsbedingungen dürfen nicht herabgesetzt werden. Insofern bisher regelmäßig Teuerungszu- und Absetzungen oder andere Beihilfen, die in ihrer Gesamtheit hinter die Mindestgehälter zurückbleiben, bezahlt worden sind, werden sie durch das Mindestgehalt abgelöst.

Es erhalten:
a) Kaufmännische Angestellte nach erfolgter dreijähriger Lehr- zeit oder abgeschlossener Ausbildung in einer anerkannter Hand- schule bezw. 3 jähriger Beschäftigung im Bureauberuf.
In Gruppe a), Angestellte, die mit mechanischer und schema- tischer Arbeit beschäftigt sind, Dreh- und Rechnungsschreiber, Tele- phonisten, Maschinenschreiber nach Vorlage, Hilfskräfte in Expe- dition, Magazin, Kalkulation, Registratur, Statistik: Bis zum vollendeten 1. Berufsjahre 150 M., 3. 175 M., 6. 200 M., 9. 250 M., darüber 300 M.
In Gruppe b), Angestellte mit Vorkenntnissen und eigener Ver- antwortlichkeit, Lohn- und Hilfsbuchhalter, Teilmagazinverwalter, Verkäufer, Registraturvorsetzer, Expedienten, Kalkulatoren, Fak- turisten, Stenotypisten nach Diktat: Bis zum vollendeten 1. Be- rufsjahre 175 M., 3. 225 M., 6. 275 M., 9. 325 M., darüber 375 M.
In Gruppe c), Angestellte mit höchster eigener Verantwort- lichkeit, Kontoforrentbuchhalter, Expeditionsleiter, Lohnbuch- halter, zweiter Kassierer, Magazinverwalter: Bis zum voll- endeten 3. Berufsjahre 300 M., 6. 375 M., 9. 450 M., darüber 525 M.

In Gruppe d), Angestellte mit absoluter Selbständigkeit und Sicherheit, Bilanzsicherer Buchhalter, Hauptbuchhalter, erster Kassierer, selbständiger Korrespondent, selbständiger Disponent, Abteilungsleiter, Präzisa- und Geschäftsführer: Bis zum vollendeten 6. Berufsjahre 400 M., 9. 500 M., darüber 600 M.
b) Technische Angestellte:
In Gruppe a) Zeichner, das sind technische Angestellte, die ohne besondere theoretische Ausbildung rein mechanische zeichnerische Arbeiten verrichten. Nach vollendetem 4 jährigen Lehrzeit im 1. Jahre 180 M., im 2. und 3. 225 M., im 4. u. 5. 275 M., und darüber 325 M.
In Gruppe b) Anfänger, die als Zeichner und Ingenieure nach beendeter Fachschulbildung in den Beruf eintreten unter 24 Jahren 300 M., über 24 Jahre 325 M., im 2. Jahre der Be- rufstätigkeit 375 M., im 3. 450 M.

In Gruppe c) fertige Zeichner und Ingenieur, das sind solche technischen Angestellten, die nach vorgenannter theoretischer Aus- bildung mehr als drei Jahre in technischen Betrieben oder Bureau als Zeichner oder Ingenieure tätig waren und das 26. Lebensjahr vollendet haben 500 M., im Alter von 30 Jahren und darüber 600 M.
In Gruppe d) selbständig arbeitende Konstrukteure, Betriebs- leiter und andere technische Angestellte in gehobener Stellung 700 M.

In Gruppe e) chemische Angestellte:
1. Laboratoriumsgehülfen, d. h. solche Angestellte, die nach über- jähriger Lehrzeit mit chemischen Arbeiten in Laboratorien be- schäftigt sind. Anfangsgehalt 250 M., nach 3 Jahren 300 M.
2. Laboranten, (zweite) d. h. solche Angestellten, die mindestens eine achtjährige Laboratoriumspraxis einschließlich Lehrzeit und etwaige theoretische Ausbildung nachweisen und auf einem beschränkten Gebiet selbständig arbeiten können. Anfangsgehalt 375 M., nach 3 Jahren 425 M.
3. Erste Laboranten, d. h. Laboratoriumsangehörige mit aus- scheidender Kenntnis und Fertigkeit ohne Rücksicht auf den Aus- bildungszeitraum. Anfangsgehalt 480 M., nach dreijähriger Berufs- tätigkeit 530 M.

e) Werkmeister:
Klasse 1: Meister ohne handwerksmäßige Ausbildung bis zum ersten Dienstjahre 250 M., bis zum dritten 275 M., bis zum sechsten 300 M., bis zum neunten Dienstjahre 350 M. und dar- über 350 M.
Klasse 2: Nach handwerksmäßiger Ausbildung und 10 jähriger Tätigkeitszeit als Gehilfe in seinem Beruf: Anfangsgehalt 450 M., nach 3 jähriger Tätigkeitszeit 500 M., nach 5 jähriger Tätigkeitszeit 550 M.
Die Mindestgehälter für weibliche Angestellte betragen 10 Pro- zent weniger als die vorstehenden Sätze.
Die festgesetzten Mindestgehälter haben vom 1. April d. Js. ab rückwirkende Geltung.

2. Urlaub. Jeder Angestellte hat Anspruch auf einen vollständigen auf- hängenden Urlaub unter Fortzahlung des Gehalts. Der Urlaub beträgt nach einjähriger Tätigkeit im Betriebe für Angestellte unter 25 Jahren 6 Arbeitstage, über 25 Jahren 12 Arbeitstage und steigt jedes weitere Jahr um zwei Arbeitstage bis zur Höchstzahl von 18 Arbeitstagen.

Der Spruch des Schlichtungsausschusses wird gemäß § 28 der Verordnung vom 8. September 1919 für verbindlich erklärt. Die ausgesprochene Verbindlichkeitsklärung hat die Wirkung, daß vom 1. April 1919 ab die erhöhten Gehälter zu zahlen sind.

Arbeit und Wohnung.

Jeder Mensch hat eine Wohnung nötig, die sein Glück tragen soll. Jedem von uns allen ist unser Heim der Mittelpunkt des Welt. An unser Heim denken wir bei unserer Arbeit, unser Heim gibt uns die Kraft zur Arbeit, und mit dem Heim in schäbsten Stun- den oder an schönen Orten brauchen sein, so denken wir doch affek- tuos und immerher zurück an unser Heim.
Es müßte uns allen dieses unser Heim schön sein und munter, wie müßte es uns allen eine wahrhaft muntere Halle sein unter

Wides. Aber da ist es so eng und so beschränkt und so bar aller sonnigen Freiheit. Und warum? Ist nicht genügend Raum auf der Erde? Ist nicht von Natur so billig der Boden? Warum wurde er denn so eng und so teuer? — Durch unsere Arbeit! Weil wir arbeiteten, weil wir durch unsere Arbeit das wirtschaftliche Leben hoben, das dann immer weitere Massen nötig hatte, die wohnen wollten. Weil wir arbeiteten, darum war der fruchtbarste wertvolle Boden plötzlich so teuer, denn jetzt wurden auf ihm so viele Einfassungen, die zusammen hohe Zinsen brachten. Weil wir arbeiteten, darum wurde der Raum plötzlich so eng, denn die Zinsen wurden um so höher, je mehr Menschen man zum Mietzins zusammenpferchte. Weil wir arbeiteten, darum wurde dem Bodenbesitzer so plötzlich der Beutel gefüllt — ohne Arbeit. Weil wir arbeiteten, darum wurden reich all die Bodenbesitzer nacheinander, weil sie immer mehr aus dem Boden herauskלטigten — ohne Arbeit.

Ist das stitisch? Ist ein einziger in der weiten Welt, der das in seinem tiefsten Innern wahrhaft natürlich, stitisch nennen kann? Und das ist der Kapitalismus! Voll Schweiß und Mühe der Arbeit, und durch die Arbeit dem Richter der Lohn an. Und das gar bei dem wichtigsten Faktor unserer Lebensgrundlage, bei unserer Wohnung, die einem jeden das Glück tragen soll. Es gibt nichts, das uns gerade heute in der Zeit höchster Wohnungsnot und größten Wohnungsdruckes deutlicher die ganze Unnatürlichkeit, die ganze, volle Unstittlichkeit der Entwicklung des modernen Arbeitslebens zeigt als unsere Wohnung. Wenn durch die Sozialisierung nur die Arbeit Lohn bringt: erst dann ist nach der Arbeit möglich das Glück dahin.

Aus dem Arbeitsplan des Stadtparlamentes.

Die Bewilligung einer Beschaffungsbilanz für die städtischen Beamten im Ruhestande und die Hinterbliebenen von städtischen Beamten beantragt der Magistrat bei der Stadtverordnetenversammlung, und zwar, daß den Ruhestandsbeamten und den Hinterbliebenen von Beamten, deren Bezüge vor dem 1. April 1919 festgesetzt sind, eine einmalige Beihilfe von je 500 Mark und von je 100 Mark für jedes Kind gezahlt werden. In der Begründung der Vorlage sagt der Magistrat: Am 11. November vorigen Jahres hat die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat sich damit einverstanden erklärt, daß die von der Stadt gezahlten laufenden Feuerungszulagen der städtischen Beamten und Lehrer von 50 Prozent auf 75 Prozent der Feuerungszulagen des im Amte verbliebenen Beamten und Lehrer erhöht werden. Es sind dafür rund 137 600 Mark aufgewandt worden. Der Vorstand des Vereins der Ruhestandsbeamten der Stadt Danzig hat aber dem Magistrat bereits am 2. Dezember v. J. eine neue Eingabe unterbreitet. Es ist anzuerkennen, daß die Ruhestandsbeamten und die Hinterbliebenen von Beamten durch die herrschende Teuerung noch erheblich stärker betroffen werden als die Beamten im Dienste. Die letzteren erhalten jetzt erhöhte Gehälter und daneben noch die Teuerungszulage in voller Höhe. Die Pensionen der Ruhestandsbeamten sind ein Bruchteil der früher sehr viel geringeren Gehälter; außerdem erhalten die meisten nur 75 Prozent der Teuerungszulage. Die Hinterbliebenen von Beamten erhalten Bezüge, die wieder nur ein Bruchteil jener Pensionen sind und daneben die gleiche Teuerungszulage. Schon in der Vorlage des Magistrats vom 6. November 1919 war in Aussicht genommen, die Bezüge der Ruhestandsbeamten und der Hinterbliebenen von Beamten weiter aufzubessern, sobald Reich und Staat eine Lösung dafür finden würden, wie die Erhöhungen der Gehälter, die im Laufe der Jahre statgefunden haben, bei der Bemessung der Ruhegehälter früherer Beamter und Lehrer und der Bezüge ihrer Hinterbliebenen berücksichtigt werden könnten. Da Reich und Staat anscheinend noch längere Zeit gebrauchen werden, um diese Aufgabe zu lösen, hält der Magistrat es für nötig, schon jetzt helfend einzugreifen. Die erforderliche Summe beträgt 133 400 Mk. Von der Zahlung sollen Beamte und Hinterbliebenen von Beamten, deren Bezüge erst nach dem 1. April 1919 festgesetzt sind, ausgeschlossen sein, weil vom genannten Tage ab, die erhöhten Gehälter nach der neuen Besoldungsordnung gelten, auf Grund deren die Bezüge der Ruhestandsbeamten und der Hinterbliebenen von Beamten berechnet werden.

Das deutsch-polnische Eisenbahnabkommen.

Die deutsch-polnischen Eisenbahn-Verhandlungen, die am Freitag und Sonnabend vergangener Woche unter dem Vorsitz des stellvertretenden Präsidenten der Eisenbahndirektion Danzig, Oberregierungsrats Schmauch und im Beisein eines Vertreters des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten stattgefunden haben, haben infolgedessen zu einem gewissen Abschluß geführt, als heute vom dem Vertreter der polnischen und dem Vertreter der deutschen Verwaltungen die Uebergangsbestimmungen für den Eisenbahnverkehr auf den Strecken der polnisch-berlinischen Schienenstrecke Preußens und den Strecken im Gebiet der Freien Stadt Danzig unterzeichnet werden sollen.

Die Uebergangsbestimmungen regeln:

1. die Uebergabe der einzelnen Eisenbahnstrecken von der preussischen an die polnische Verwaltung, und

2. den Betrieb und Verkehr während der Zeit der Uebergabe. Die Uebergabe der Strecken soll streckenweise im Anschluß an die militärische Räumung und Besetzung vor sich gehen. Sie geschieht durch besondere polnische und deutsche Uebergabe-Kommissionen und beginnt morgen mit der Uebergabe der Strecke Hlawka-Dr. Sylan bis zur neuen Landesgrenze. Die Streckenübergabe ist den militärischen Räumungsarbeiten angepaßt und endet infolgedessen mit der Uebergabe der Strecke Klein-Rag-Grosz-Boschpol.

Ferner enthalten die Uebergangsbestimmungen Bestimmungen für die Durchführung des Betriebes und Verkehrs während der Uebergabe. Grundsätzlich ist vereinbart:

1. daß die polnische Verwaltung mit der Uebergabe und Uebernahme einer Strecke die gesamte Verantwortung für Verwaltung, Betrieb und Verkehr auf dieser Strecke übernimmt

2. daß Betrieb und Verkehr während der Uebergabe nach Möglichkeit ungehindert und deshalb unter Aufsichtverwaltung der bisher für Betrieb und Verkehr maßgebend gewesenen Bestimmungen gesührt werden.

Kausdrücklich sind Bestimmungen vereinbart über den Durchgangsverkehr zwischen Deutschland und Ostpreußen und zwischen Deutschland und der Freien Stadt Danzig. Grundsätzlich soll auch hier der Verkehr in der bisherigen Weise fortgeführt werden. Insbesondere ist vorgesehen, daß dieser Durchgangsverkehr durch Zollabfertigungsmaßnahmen möglichst wenig behindert wird. Das gleiche gilt für den Güterverkehr zwischen dem Gebiet und dem zukünftigen polnischen Gebiet und dem Gebiet der Freien Stadt Danzig. Dagegen muß der Personenverkehr zwischen Deutschland und dem polnisch-berlinischen Gebiet zunächst abgebrochen abgebrochen werden, d. h. der Verkehr ist gezwungen, an der Grenze eine neue Fahrtkarte zu lösen.

Aus den mitgeteilten Vereinbarungen geht hervor, daß sowohl die deutschen wie die polnischen Eisenbahnverwaltungen bemüht sind, den Verkehr während der Uebergangszeit möglichst wenig zu behindern. Naturgemäß werden sich aber Störungen insbesondere an den Tagen, an denen die einzelnen Strecken übergeben werden,

nicht vermeiden lassen. Dazu kommt, daß die polnische Verwaltung nicht haben geübt werden wollen, daß die zunächst in den Händen der polnischen Obersten Verwaltung liegende Grenzpolizei- und Passabfertigung während der militärischen Räumung und Besetzung in wilder Form gehandhabt werden. Weitere Verhandlungen über diese für den Verkehr sehr wichtigen Fragen sind zwar für die nächsten Tage in Aussicht genommen, welches Ergebnis sie haben werden, läßt sich aber zurzeit noch nicht absehen. Infolgedessen muß damit gerechnet werden, daß für den Reisenden während der Uebergangszeit grenzpolizeiliche und Passabfertigungsschwierigkeiten entstehen, aus diesem Grunde wird es dringend geboten sein, Reisen in und durch das polnisch-berlinische Gebiet auf das unbedingt Notwendige zu beschränken.

Die im Gebiet der Freien Stadt Danzig liegenden Eisenbahnen werden zunächst nicht an die polnische Eisenbahnverwaltung übergeben. Nach der bei den Pariser Verhandlungen von den alliierten und assoziierten Hauptmächten gegebenen Weisung bleibt für sie und ebenso wie für die anderen staatlichen und reichlichen Verwaltungszweige im Freistaat die bisherige preussische Eisenbahndirektion Danzig in verantwortlicher Tätigkeit.

Töping-Bumm, trara!

Die bürgerliche Presse brachte dieser Tage folgende Notiz:

Am Sonnabend, den 24. Januar, werden die Truppen Danzigs in feierlicher Weise von ihrer Garnisonsstadt Abschied nehmen. Das Programm der Abschiedsfeste ist folgendes:

Um 11 Uhr vormittags erfolgt auf dem Geumarkt eine Paradeauffstellung sämtlicher Reichswehrtruppen der Garnisonen Danzig, Langfuhr, Neufahrwasser und Joppot. Die berittlenen Truppen erscheinen zu Pferde. Die Paradeauffstellung kommandiert der Führer der 17. Reichswehrbrigade, Generalmajor v. Sippel. Für die Vertreter der Regierung, des Magistrats und der Presse, sowie für die militärischen Sachverständigen werden besondere Plätze freigelassen. Um 11 Uhr erscheint der Befehlshaber des früheren 17. A.-R., Generalleutnant v. Malachowski und wird die Paradeauffstellung abtreten. Anschließend daran wird er eine Ansprache an die Truppen halten. Nach Beendigung wird sich General v. Malachowski mit den anderen Stäben an die Spitze der Truppen begeben und marschieren mit den gesamten Truppen durch die Hundegasse, über die Ruhbrücke, durch die Hofengasse zurück über die Erbsenbrücke nach dem Langenmarkt. In der Zwischenzeit haben sich die Vertreter der Stadt mit Oberbürgermeister Sohn an der Spitze vom Geumarkt nach dem Langenmarkt begeben, um sich dort mit den Truppen zu verabschieden. Gleichzeitig werden dort Deputationen aller Regimenter Aufstellung nehmen. Generalleutnant v. Malachowski wird, so bald er mit den Truppen den Langenmarkt erreicht hat, an die Vertreter des Magistrats eine Ansprache richten, die von Oberbürgermeister Sohn erwidert werden wird. Zum Schluß erfolgt dann ein Vorbeimarsch der Truppen in der Richtung Langgasse.

Parade! Die Haare stehen einem zu Berge, wenn man das liest. Er wird auch also noch einmal vorgeführt, der preussische Bankrottliquidatorismus in seiner wunderbar sinnverwirrenden Scheuschlichkeit. Vielleicht legt es zum Abschied sogar blaue „Friedensbrücke“ mit blanken viktorianischen Anspitzen. Und dann schreit alle kräftig „Hurra!“ Wie tun's auch; aus vollem Halse und übervollem Herzen: Hurra! — — — Er geht!!!

Die Stellung der privaten Fürsorge im neuen Staat.

Ohne mit dem Inhalt und der Form des nachfolgenden Entwurfs völlig übereinzustimmen, geben wir ihn unparteiisch und ohne Stellungnahme wieder.

Vertreter aller Kreise der freien Vieseständigkeit Deutschlands — der religiösen und der humanitären — in der Sorge um deren Stellung im neuen Staat im Herrenhause zu Berlin vor kurzem versammelt, haben die Unterzeichneten beauftragt, unsere deutschen Volksgenossen folgendes kundzugeben:

Der schwere Ernst der Zeit berührt auch die freie Vieseständigkeit, die Verarmung unseres Volkes droht ihr die Mittel abzuschnitten. Eine in weiten Kreisen unseres Volkes verbreitete Stimmung fordert statt Wohltätigen Rechte, den Ersatz der privaten durch die ausschließliche öffentliche Fürsorge und die Ueberführung der Betriebe der privaten Fürsorge in öffentliche Verwaltung. Demgegenüber erklären wir: Unveräußerlich ist das stitliche Recht und die heilige Pflicht der Menschlichkeit. Ihre Werte waren durch Jahrhunderte der Ruhm und das Glück unseres Volkes. Sie heute darin hindern, heißt die edelsten Güter unseres Volkstums vernichten.

Auch der neue Staat kann sie nicht entbehren, nicht ihre Mittel, nicht ihre persönlichen Kräfte. Keine Umstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse wird je alle Quellen der Not verstopfen können. Essentielle durch beamtete Persönlichkeiten geleitete Verwaltungsmassregeln werden niemals den Tiefen und der Vielgestaltigkeit der Not gewachsen sein. An der Fingigkeit, die Notstände mit offenen Augen und warmen Herzen zu entdecken, an hoffnungsfreudigem Wagemut, an dem von Person zu Person wirkenden heilenden Kräften wird die frei wartende Menschlichkeit ihnen stets überlegen sein.

Wenn die Entwicklung der Dinge dahin führt, bestimmte Zweige der bisherigen freien Vieseständigkeit in öffentliche Verwaltung zu nehmen, darf das nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten und nicht nach allgewesenen Schlagworten, sondern nur nach sorgfältiger sachlicher Erwägung, ob dadurch wirklich erhöhte Leistungen zu erzielen seien, geschehen.

Das beste erhalten wir von einem vertrauensvollen Zusammenarbeiten der öffentlichen und privaten Fürsorge, dazu wir auch den sogenannten gemischten Betrieben unsere Kräfte zur Verfügung stellen.

Dafür erachtet die freie Vieseständigkeit von dem Staat alle Förderung, deren sie bedarf. Sie darf in Sonderheit auf den Schutz gegenüber wilden, oft unantwärtigen Umständen und Veranlassungen rechnen, die ihr Ansehen und ihre wirtschaftlichen Interessen und damit die Allgemeinheit schädigen. Die freie Vieseständigkeit ist bereit, auch aus der an ihr geübten Kritik zu lernen, selbst da, wo sie nicht völlig gerecht ist. In stets erneuter Selbstprüfung wird sie bemüht sein, ihre Mängel zu erkennen und zu beheben. Sie wird sich bestreben, den veränderten wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen und den neuen wirtschaftlichen Erkenntnissen Rechnung zu tragen. Sie wird mehr als bisher die Mitarbeit aller Schichten unseres Volkes, besonders auch der organisierten Arbeiterschaft zu gewinnen suchen. An unsere Mitarbeiter und Freunde aber richten wir die herzliche und dringende Bitte, auch unter den Schwierigkeiten, die die neue Zeit bringt, nicht müde zu werden im Wirken.

Wenn wir das Gefühl sozialer Verantwortlichkeit und die Fähigkeit, das Empfinden des Staates immer besser zu verstehen und ihm immer völliger gerecht zu werden, unter uns pflegen

und vertiefen, dann werden wir auch diese Schwierigkeiten überwinden zum Heil unseres Volkes.

Sachausdruck für private Fürsorge des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge.

Die Tätigkeit des Wohnungsamtes im Jahre 1919.

Es wurden beschäftigt 256 Wohnungen. Darunter wurden befunden ohne Mängel 46 Wohnungen — 12,9 v. H., überfüllt 107 Wohnungen — 30 v. H., feucht 28 Wohnungen — 8,1 v. H., ohne oder mit fehlerhaften Ofen und Herden 80 Wohnungen — 24 v. H., mit ungenügender Belichtung oder Lüftung 32 Wohnungen — 8,9 v. H., vom Hauswirt vernachlässigt 48 Wohnungen — 13,3 v. H., vom Mieter vernachlässigt 50 Wohnungen — 14 v. H., baufällig 11 Wohnungen — 3,1 v. H., ungenügende Aborte 5 Wohnungen — 0,8 v. H.

Nachbeschäftigungen erfolgten in 81 Fällen. Dabei wurde festgestellt: Die Mängel waren behoben in 55 Fällen, die Mängel bestanden noch in 26 Fällen. Feststellungen waren nicht möglich in 9 Fällen.

Durch Zuweisung geeigneter Wohnungen wurde Abhilfe geschaffen in 50 Fällen.

Berichte wurden gegeben an das Wohnungsamt über 136 Fälle, den Wohnungsnachweis über 136 Fälle, den Hauswirt über 27 Fälle, das Gericht über 4 Fälle.

Die Fälle wurden zur Prüfung überwiesen durch Mieter in 239 Fällen, Hauswirte in 12 Fällen, Einigungsamt in 23 Fällen, Jugendfürsorge in 55 Fällen, Jugendamt in 7 Fällen, Sinter-Niederensfürsorge in 5 Fällen, Gericht in 6 Fällen, Polizei in 1 Fall, Volkshaus in 6 Fällen, Presse in 2 Fällen, Reichshund der Kriegsbeschädigten in 3 Fällen.

Sonstige Untersuchungen wurden angestellt in 267 Fällen. Besuche im ganzen in 604 Fällen.

Uebersicht über die Geschäftstätigkeit in den Monaten Oktober bis Dezember 1919. 1. Es wurden gesucht: Im Oktober 5147 Wohnungen, im November 5577 Wohnungen, im Dezember 6264 Wohnungen. — 2. Zur Vermietung wurden angemeldet: Im Oktober 221 Wohnungen, im November 74 Wohnungen, im Dezember 146 Wohnungen, zusammen 441 Wohnungen. — 3. Davon konnten an Wohnungssuchende zugewiesen werden: Im Oktober 221 Wohnungen, im November 78 Wohnungen, im Dezember 129 Wohnungen, zusammen 428 Wohnungen, so daß mit einem gemeldeten Bestand von 18 Wohnungen in den Monat Januar eingetreten wurde.

Wahlzerpflitterung und Verhältniswahl

Von früherer Wahlen her ist man daran gewöhnt, von einer Wahlzerpflitterung zu sprechen. Sie hätte oft eine ganz gewaltige Bedeutung. Eine Wahlzerpflitterung konnte eine Stichwahl notwendig machen und ganz andere Kandidaten in die Stichwahl bringen, als es geschehen wäre, wenn sich die kleinen Parteien mit andern zusammengeschlossen hätten. Die Wahlzerpflitterung war deshalb gefährlich. Die Neuheit der Verhältniswahl macht es erforderlich, daß es noch viel zu wenig bekannt ist, wie diese Wirkung der Wahlzerpflitterung jetzt fortfällt und allenfalls der Bildung großer Parteien entgegenwirkt. Von einer Wahlzerpflitterung dem früheren üblichen Sinne kann man jetzt nicht mehr reden. Die Stichwahl ist ganz fortgefallen. Jede Partei erhält jetzt unter allen Umständen soviel Gewählte, als sie Wähler aufbringt. Das ist der große Vorzug der Verhältniswahl.

Man kann aber noch weiter gehen. Das Ideal des Wählers ist, daß die Wähler möglichst genau ihren Willen ausdrücken sollen. Möglichst unbedeutend soll sich der Wille der Parteien in den Gewählten kundtun. Man kann ziemlich genau berechnen, wieviel Wähler auf einen Gewählten fallen. Nehmen wir an, daß auf jeden Gewählten z. B. im Stadtkreise Danzig 1500 Stimmen entfallen, so kann man sich theoretisch denken, daß je 1500 gleichgestimmte Wähler sich zusammenfinden und den Kandidaten aufstellen, der ihnen der angenehmste ist. Praktisch werden sich ja immer größere Wählermassen auf einer Wahlzerpflitterung zusammenschließen, aber es ist in der Tat der Stadt Danzig vorstellbar, daß größere Parteien die politischen oder unpolitischen Charaktere ihren eigenen Vereinskandidaten aufstellen. Sie wollen vielleicht, daß gerade ihr Vorkandidat in die Gewählungsberechnung hineinkommt, weil sie ihn am liebsten bevorzugen. Das ist ihr gutes Wählerrecht, und die anderen Parteien können vor einer Zerpflitterung nicht reden, weil die „abgeplitterten“ Stimmen ja nicht verloren gehen, sondern zur freien Willkür gelangt kommen. Andersfalls würde man ja von einer Verarmung der Wähler sprechen können. Wer also für politische Freiheit der Wahl spricht, und ein volles demokratisches Wahlrecht fähigkeitslos haben will, der wird unter dem Verhältniswahlrecht von der Zerpflitterung nicht mehr reden können.

An die Angeestellten. Das Reichsarbeitsministerium teilt mit:

Der Bund der Arbeitgeberverbände im Handelsgewerbe für Danzig und Umgebung, der Gewerkschaftsbund der Angestellten, Ortsverband Danzig, der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände, Ortsverband Danzig, der Reichsverband deutscher Angestellten, Ortsgruppe Danzig und der Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Danzig haben beantragt, den zwischen ihnen am 17. Dezember 1919 abgeschlossenen Vertrag zu dem auf Blatt 41 u. 500 im Reichsarbeitsgesetz enthaltenen Text.

Am 1. April 1919 ist der Vertrag zum 25. April 1919 zur Regelung der Arbeitsbedingungen der kaufmännischen Angestellten in den Betrieben des Groß- und Kleinhandels, ausschließlich der Betriebe, der Versicherungsgesellschaften und der industriellen Betriebe gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1456) für das Gebiet der Freien Stadt Danzig und der eingemeindeten Vororte für allgemein verbindlich zu erklären. Einwendungen gegen diesen Antrag können bis zum 10. Februar 1920 erhoben werden und sind unter Nummer 3. B. N. 7388 an das Reichsarbeitsministerium, Berlin, Luisenstr. 33, zu richten.

Ueber die Abholzung in Bergangehen und Gegenwart sprach am Freitagabend Herr Rektor Friedrich in der Aula des Sogenannten vor gut besuchtem Hause. Von den ältesten Zeiten an gab es, wo auf Grund von Ueberlieferungen der Kampf gegen die Zerkümmertheit bei der beschriebenen Uebernahme angenommen war, zum Redner im weiteren Verlauf seines Vortrages auf die Gegenwart zu sprechen und zeigte an dem Beispiel des Landes Nordamerika, daß es auch für uns dringlich die ganze Zeit sei einzugreifen, als die Abholzung und wieder in dem Sinne kommt, wie vor dem Kriege. Hier im Freistaat Danzig gibt es besonders dringliche Sorge zu tragen, daß das Gemeinwohl nicht recht in der Verfassung Aufnahme findet, sondern jedes Bürger das Recht hat, mitzubestimmen, ob die gemeinwohlige Verfassung geistliche Beträge einzuschneiden oder ganz zu verbieten ist. Es gilt also alle aufzurufen, mitzuwirken in dem Kampfe gegen den Verderber der Menschheit, den Holzdieb Holzhol.

Auflösung des Volkzugsauschusses.

Der Volkzugsauschuss der Arbeiterräte für Westpreußen hat in seiner Sitzung am Sonnabend, den 17. Jan. 1920 beschlossen, daß er mit dem 31. Jan. d. Js. seine Tätigkeit einstellen und sich auflösen werde. Nachdem die Gemeindevahlen auch im Gebiete des Freistaates Danzig durchgeführt und die kontrollierten Staatsbehörden infolge des Friedensvertrages teils abgetrennt, teils dem Oberkommissar des Völkerbundes bezw. seinem Stellvertreter unterstellt worden sind, steht der Volkzugsauschuss seine Aufgaben als erledigt und die Voraussetzungen für sein Fortbestehen als fortgefallen an.

Bezirksversammlungen der S. P. D.

Dienstag, den 20. Januar:

- 2. Bezirk in der Maurerherberge, Schüsselbamm, abds. 6 Uhr.
- 9. (Neufahrwasser) in Sessers Hotel, abends 6 1/2 Uhr.
- 8. (Stadtgebiet) in der Ostbahn, Ohra, abds. 6 Uhr.
- 8. (Neberstadt) bei Namitzki, Gr. Schwabeng., 6 1/2 Uhr.
- 10. (Kuelpad) im Hotel Werderort, abds. 6 1/2 Uhr.

Mittwoch, den 21. Januar:

- 1. Bezirk in der Aula am Winterplatz, abends 6 1/2 Uhr.
- 4. (Schiditz) bei Steppuhn, Karthäuser Straße, 6 1/2 Uhr.
- 11. (Gubude) bei Schönwiese, abends 6 1/2 Uhr.

Donnerstag, den 22. Januar:

- 5. Bezirk (Gangfuhr) bei Kresin, Brunshöferweg 36, abds. 6 Uhr.
- 9. im Blanken Lonnchen, Neumarkt 10, 6 1/2 Uhr.

Tagesordnung in allen Bezirksversammlungen:

- 1. Bericht vom gemeinsamen Parteitag: Die Einigungsfrage.
- 2. Die Tätigkeit unserer Stadtverbände (nur in den Mittwochversammlungen).

Vollständiges Erscheinen ist notwendig. Ohne Mitgliedsbuch oder Karte kein Zutritt.

St. Albrecht: Öffentliche Versammlung am Mittwoch, den 21. abends 7 Uhr im Lokal von Mertens. Genossenschaftspräsident über: Sozialismus und Diktatur.

Genossen, sorgt für zahlreichem Besuch!

Etwas über Holzdiebstahl im Freistaat.

Der Waldbestand im Freistaat Danzig ist gering und nicht entfernt ausreichend, die Bevölkerung mit Brennholz zu versorgen. Es kommt weiter hinzu, daß die Verwendung des Holzes als Brennholz den Ertrag des Waldes stark vermindert. Der Wald rentiert sich nur dann einigermaßen, wenn das Holz als Kuppelholz verwandt wird, das übrige im Freistaat Danzig gleichfalls sehr knapp ist. Bedingung für uns ist es, mit dem Brennholz sehr sparsam umzugehen. Die erste Forderung ist, daß die Verwendung des Holzbestandes auf ordnungsmäßigen Wege erfolgt. Die Forstverwaltung muß in der Lage sein, aus dem Waldbestande wenigstens die wertvollsten Kuppelholzstücke auszufordern und ferner nur handbare Bestände abzuholzen, oder auch starke Durchforstungen oder Plenterdurchforstungen vorzunehmen. Hierbei wird Holz geliefert und democh das Allgemeininteresse gewahrt.

Der Holzdiebstahl durchbricht diese Ordnung zum Schaden der Allgemeinheit. Der Holzdieb nimmt aus Unkenntnis und Fahrlässigkeit Stämme fort, die nützlich noch stehen bleiben oder anderweitig verwandt werden würden. Ganz abgesehen davon, daß er die Bewässerung des Freistaates behindert, denn der Wald gehört ja dem Freistaat. Nicht der Einzelne hat ein Recht auf das Holz, sondern die Allgemeinheit.

Die Holzdiebstähle hatten etwas nachgelassen, als man die ordnungsmäßige Selbstverwaltung und den Ankauf von Holz erleichterte. Sie haben aber wieder eingesetzt und einen unheimlichen Umfang angenommen und zwar gerade in dem Teil der Ostbayer Forst, der zum Freistaat gehört. Wenn das so weiter geht, dann sind wir in wenigen Jahren mit dem ganzen Waldbestand fertig. Söhne längst des schönen Havixthales sind bereits zu beiden Seiten laß. Das nicht handbare Holz mit Unterholz auf der Südseite ist durch Holzdiebe entwendet worden. Die andere Seite wurde ordnungsmäßig bis auf einen kleinen Rest abgeholt. Auch längst der Chaussee nach Goldkrug sind die Holzdiebe mächtig bei der Arbeit und erweitern fortgesetzt die Raubfläche.

Wie soll man diesem Uebel Einhalt tun? Die Ursache der Holzdiebstähle ist der Mangel an Brennmaterial. Diesem Mangel muß also Rechnung getragen werden. Man halte streng darauf, daß die Holzfällungen, die ja am hellen Tage stattfinden, nur in handbaren Beständen erfolgen. Und hier möge man einstreifen die Holzfällungen auch nicht angemeldet dulden, aber Bezahlung verlangen. Wer sich ordnungsmäßig anmeldet, erhält den Kammerer für 12 Mark, wer sich aber nicht anmeldet, mußte gefehlmäßig neben dem Wertersatz das fünf- oder zehnfache bezahlen. Die Maßnahme auf den Brennstoffmangel würde darin bestehen, daß die Holzfällungen überhaupt gestattet werden. Unter geregelten Verhältnissen würde der Holzdieb ohne Holz aus dem Walde vertrieben und auch seine Werkzeuge müßten ihm sonst abgenommen werden. Hinzu kommt dann noch die verwirkte Strafe.

Der nächste dringende Schritt wäre die Beschaffung von Holz, Torf und Kohlen in ausreichender Menge und zu möglichst geringen Preisen. Hier muß verhandelt und mit neuen Mitteln gearbeitet werden. Das erforderliche Brennmaterial muß unter allen Umständen in den Freistaat hineingeschafft werden. Wenn die bisherigen Methoden der Beschaffung nicht ausreichen, dann müssen neue gefunden werden. Man suche sich mit den Besondereigentümern in Verbindung zu setzen. Man schaffe auf dem Wasserwege größere Vorräte her. Man lasse alle Steinöfen, über die Gasanstalten gehen und schaffe dort große Kohlevorräte. Zeit aller Macht muß man daran gehen, die Wasserkräfte des Freistaates zur Herstellung von Elektrizität nutzbar zu machen. Dadurch werden erhebliche Mengen von Brennmaterial überflüssig gemacht.

Die Holzdiebstähle und die übermäßige Inanspruchnahme unserer geringen Wälder müssen jedenfalls aufhören, wenn unsere Wälder nicht verenden sollen, und sie werden es, wenn das Uebel des Brennstoffmangels nicht bald überwunden ist.

Der Streit der Hafenarbeiter ist mit vollem Erfolge noch weitläufiger Dauer beendet worden und die Arbeit im Danziger Hafen am Montag wieder aufgenommen.

Nachdem die Arbeit am Donnerstag niedergelegt war, wurden von Seiten des Magistrats Einigungsverhandlungen in die Wege geleitet, zu der beide Parteien und die Organisationsleiter erschienen waren. Nach dreistündigen Verhandlungen kam eine Einigung dahin zustande, daß der

Lohnsatz für leichte Arbeiten auf 32 M. für schwere und schmutzige Arbeiten auf 35 M. festgesetzt wurde. Ebenso fanden die Mißstände bei der Lohnzahlung dadurch ihre Regelung, daß der Lohn eine Stunde nach Beendigung der Arbeit zur Auszahlung zu bringen ist, und falls die Steuermeister diesem nicht nachkommen, für jede Stunde, die die einstündige Wartezeit übersteigt, mit 5 M. an die betreffenden Arbeiter zu vergüten haben.

Nachdem die Streikenden diesem Angebot einstimmig beitraten, ist der wirtschaftliche Frieden im Danziger Hafen wieder hergestellt.

Eine Arbeitslosen Demonstration, die etwa 1000 Teilnehmer zählte, fand gestern mittag vor dem Rathaus statt. Die Demonstranten verhandelten in Abwesenheit des Oberbürgermeisters mit Herrn Bürgermeister Dr. Ball. Auf ihre Anfrage wurde ihnen zur Antwort, daß auch nach der Abtrennung vom Reich in Danzig die Erwerbslosenunterstützung vorläufig in voller Höhe weitergezahlt werden wird. Sollte eine Herabsetzung erfolgen, so wird das längere Zeit vorher bekannt gegeben werden. Der Forderung nach schleunigster Inangriffnahme von Hilfsarbeiten soll entsprochen werden. Die Demonstranten waren sich einig in dem Willen zur Arbeit. Die Ruhe nach Arbeit und das Befinden, nicht Arbeitsscheu zu sein, sondern Mißstimmung sein zu wollen, gaben der ruhigen und würdigen Rundgebung das Gepräge.

Der Rentalarbeiterverband der Angestellten hielt am Sonnabend seine Generalversammlung ab. Kollege Runge gab den Geschäftsbericht. Die Ortsgruppe hat sich im letzten Jahre gut entwickelt. Eine Anzahl neuer Branchen ist gegründet worden. Der Verband ist an vielen Tarifverhandlungen beteiligt gewesen. Kollege Böhme gab dann den Bericht der Delegierten für das Gewerkschaftsforum und die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände. In den Vorstand wurden gewählt: 1. Vorst. Runge, 2. Vorst. Georg Deu, Kassierer Szarajinski, Schriftführer Ludwig und Poppe, Beisitzer Robella, v. Schönhülz, Schill und Goldner. Ferner wurde ein Antrag angenommen, in welchem sich die Ortsgruppe gegen die Beteiligung an der Einwohnermehr ausspricht.

Sie kommen noch nicht! Die „D. R.“ meldet: Da in den Transportvorbereitungen der zur Besetzung von Oberschlesien, Allenstein, Marienwerder, Memel und Danzig bestimmten Truppen der Alliierten Verzögerungen eingetreten sind, haben die Alliierten beantragt, die Besetzung der benannten Gebiete um fünf Tage hinauszuschieben. Trotz der zu erwartenden Schwierigkeiten hat die deutsche Regierung dem Antrage zugestimmt. Infolgedessen werden die alliierten Besatzungstruppen fünf Tage später, als bisher angegeben, in den Gebieten eintreffen, die deutschen Truppen fünf Tage später die Räumung ausführen.

Die Kartoffelversorgung Danzigs. Im Ernährungsrat hatte gestern abend der Kartoffelausschuß eine Sitzung, in der Stadtrat Köhler über unsere Kartoffelversorgung berichtete. Es steht damit nicht sehr gut. Der ungünstige Stand drückt sich u. a. im Preise aus. In Danzig beträgt der Kleinhandelspreis 18 Mark der Zentner, in Elbing und Stettin 20, in Breslau 22 und in Königsberg gar 25 Mark. In Danzig erleide die Stadt bei dem Kartoffelgeschäft Verluste, so daß sie sehen müsse, die Verluste einzubringen. In der Aussprache wurde verlangt, die ganze Kartoffelversorgung auf eine neue Grundlage zu stellen. Die Höchstpreise müßten von den Organisationen der Erzeuger und Verbraucher, sowie der Händler, gemeinsam mit den Behörden neu festgesetzt werden, die unbedingt imzuhalten sind. Die Erfassung der Kartoffeln ist am besten den Organisationen der Erzeuger und Händler zu übertragen. Der Freistaat braucht ein Ausführverbot, ein Verfüllungsverbot und ein Brennverbot. Stadtrat Köhler erklärte, daß alle diese Vorschläge sich nicht so weit von denen des Magistrats entfernen. Es wurde empfohlen die Verhandlungen möglichst bald zum Abschluß zu bringen. Die Unsicherheit und die Schwankung sei besonders ungesund. Dadurch würden die ehrliehen Abnehmer geschädigt und zur Unzufriedenheit in der Zukunft erregen. Von Verbraucherseite wurde noch darauf hingewiesen, daß die stete Preiserhöhung nicht mehr ertragen werden könne. Sie muß von der Stadt übernommen werden, oder es müßten die entsprechenden Lohn- und Gehaltssteigerungen folgen. Die Kartoffelstelle wird die Anregungen, in Ermüdung ziehen. Zu den weiteren Verhandlungen werden die Interessentengruppen hinzugezogen. Von Händlerseite wünschte man die Einkaufsfreiheit unter Innehaltung der Kleinhandelspreise.

Die Beamten zum Freistaat Danzig beurlaubt. Die preussische Regierung hat alle unmittelbaren Staatsbeamten, die zurzeit in Danzig tätig sind, für die Dienste des Freistaates Danzig beurlaubt und ihnen die Zahlung ihrer Gehaltsansprüche aus der preussischen Staatskasse gewährleistet.

Das englische Lazarett der Besatzungstruppen. Das Garnisonlazarett am Hebelus-Platz wurde am Sonnabend von einer englischen Kommission besichtigt. Es wird beabsichtigt, für die Besatzungstruppen im Osten zwei Lazarette mit zusammen etwa 600 Lagerstellen in Danzig einzurichten. Da die militärischen Gebäude mit ihren Einrichtungen an den neuen Machthaber übergeben werden müssen, müßten auch das Garnisonlazarett, wird dieses weiter als englisches Lazarett bestehen bleiben. Die nicht transportfähigen deutschen Kranken werden im Hilfslazarett Hochstreich untergebracht oder werden, falls dieses auch von den Besatzungstruppen benötigt wird, auf das Städtische Krankenhaus und Marienkrankenhaus verteilt. Deutscherseits wurde in Vorschlag gebracht, 22 Kranken der Besatzungstruppen auch auf die Orte Allenstein und Marienwerder zu verteilen. Dieser Vorschlag wird von der englischen Kommission nach Berlin weitergeleitet werden.

Die polnische Postkommission in Danzig beginnt jetzt mit der Besetzung der Post- und Telegraphenämter im abgetretenen seltener deutschen Gebiete mit polnischen Beamten. So ist mit der Verwaltung des Postamtes 1. Klasse Kulm der Postsekretär E. G. K. I. aus Danzig betraut. Auch für eine Reihe anderer Ämter die Vorarbeiten schon bestimmt.

Die Rechtspflege im Freistaat Danzig. Der Reichs- und Staatskommissar für den Freistaat Danzig hat zur effizienten Regelung der Rechtspflege im Freistaat Danzig angeordnet, daß die bisher zu den Amtsgerichtsbezirken Marienburger und Elbing gehörigen Teile des Freistaates bis auf weiteres dem Amtsgerichtsbezirk Tegenhof und dem Landgerichtsbezirk Danzig, daß ferner die bisher zu den Amtsgerichtsbezirken Karthaus, Berent und Schönrad gehörige Teile des Freistaatsgebietes dem Amtsgerichtsbezirk Danzig zugeteilt werden.

Chemisches Untersuchungsamt der Stadt Danzig. Das frühere Rechnungsmitteluntersuchungsamt, das mit der Westpr. Landwirtschaftskammer verbunden war, ist seit dem 1. Januar in den Besitz der Stadtgemeinde Danzig, nicht des Freistaates, übergegangen. Das Personal ist um einen Herrn verringert worden, der Herr Dr. Bau, ist geblieben. Die Tätigkeit des Amtes ist auf alle chemischen Untersuchungen ausgedehnt worden. Der Name wurde dementsprechend in „Chemisches Untersuchungsamt der Stadt Danzig“ geändert.

Den Änderungen und damit Ueberweisungen auf allen Gebieten, wird der Amt entgegenzutreten. Zunächst ist ihm die Beaufichtigung der Milch übertragen worden. Es finden regelmäßige Milchuntersuchungen statt. Das Arbeitsgebiet des mit allen Hilfsmitteln versehenen Untersuchungsamtes dürfte später auf den ganzen Freistaat und vielleicht darüber hinaus ausgedehnt werden. Das Amt wohnt weiter in den bisherigen Räumen in dem Hause der Landwirtschaftskammer in der Zandgrube. Die Räume sind von der Stadt gemietet worden.

Das Ende der Landwirtschaftskammer. Eine Anordnung des Vorstehenden der Westpreussischen Landwirtschaftskammer, Flard v. Odenburg, besagt: Von dem Augenblick an, in dem die an Polen abzutretenden Gebiete von den Polen besetzt werden, wird die Landwirtschaftskammer nur die geschäftlichen Angelegenheiten abzuwickeln haben, die sich auf das Abrechnungsgeschäft mit dem preussischen Staat oder anderen preussischen Landwirtschaftskammern beziehen. Eine weitere geschäftliche oder ähnliche Tätigkeit hat zu unterbleiben.

Die Einheitschule. In seiner letzten Sitzung nahm der Danziger Lehrerverein Stellung zur Frage der Grundschule und sprach in einer Entschließung die Erwartung aus, daß die Stadt Danzig die Grundschule über die Einheitschule trotz aller Widerstände zur Durchführung bringen werde.

Kriegsgräberfürsorge. Verschiedene Notizen in den Zeitungen und Hochzeitschriften der letzten Zeit mit teils widersprechenden, teils irreführenden Angaben über die Kriegsgräberfürsorge haben umfängliche Verwirrung und Unruhe in das Volk getragen. Zur allgemeinen Aufklärung wird bekanntgegeben, daß das Zentral-Nachweiseramt für Kriegsverluste und Kriegsgräber, Berlin NW. 7, Dorotienstraße 42, nach wie vor die einzige amtliche Stelle — auch für Danzig — in allen Kriegsgräberangelegenheiten ist, und daß die im vergangenen Jahre erfolgte Gründung des „Völkerbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge“, Berlin NW. 37, Zwillingstraße 88, und die Festlegung seiner auf die Förderung der Kriegsgräberfürsorge, die Unterstützung der Angehörigen und die Betreuung der zwischenstaatlichen Fürsorge gerichteten Tätigkeit mit Einverständnis und im Einvernehmen mit dem Reichszentralbehörden erfolgt ist. Vor einer Erschlitterung in der Fürsorge für unsere Kriegsgräber muß dringend gewarnt werden.

Der Völkerbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen kann heute auf seine einjährige Tätigkeit zurückblicken. Aus diesem Anlaß veranstaltet er am Dienstag, den 27. d. Mts., abends 7 Uhr, in der gehobten Aula der Technischen Hochschule einen musikalischen Abend, der infolge der Mitwirkung hervorragender Kräfte ein äußerst genussreicher zu werden verspricht, und am Mittwoch, den 28. d. Mts. in der Aula der Petruschule am Hansaplatz eine Jahresversammlung, in der außer dem Jahresbericht und dem Vortrage eines ehemaligen Kriegsgefangenen wichtige Mitteilungen über den Heimtransport unserer noch Kriegsgefangenen, besonders unserer noch in Sibirien weilenden Soldaten gemacht werden sollen.

Aus dem Magistrats-Presse-Büro.

Zum Vorsteher und Waisenrat der 1. Armen- und Waisenkommission ist an Stelle des Herrn Eugen Dannenberg Herr Bädermeister Gerbert Göhr, wohnhaft Roggenpuhl Nr. 89, bestellt worden.

Zum stellvertretenden Vorsteher und Waisenrat der 1. Armen- und Waisenkommission ist Herr Friseur Ernst Janke, wohnhaft Roggenpuhl Nr. 3, bestellt worden.

Ausgabe von Marktbogen zu den Rahmungsauptarten. Der Magistrat rufft in der heutigen Nummer unserer Zeitung erneut Strohen auf, deren Haushaltungen am Mittwoch, den 21. Januar, in den aus der Bekanntmachung ersichtlichen Ausgabestellen neue Marktbogen in Empfang nehmen können.

Die Krankenkassen für die Monate Februar, März, April sind in der Zeit von Donnerstag, den 22. d. Mts., bis Mittwoch, den 28. d. Mts., in den in der heutigen Bekanntmachung des Magistrats aufgeführten Ausgabestellen abzuholen. Dort, die Post werden keine Karten mehr zugestellt, um jeden Verlust und jede unrechtmäßige Verwendung auszuschließen. Ohne Vorlage der Rahmungsauptkarte und der letzten Marktkarte kann kein behördliches Benachrichtigungsschreiben mit Karte abgegeben.

Ausgabe der Speisefettmarken Nr. 12. Die Butterhändler, die die Speisefettmarken Nr. 12, auf welche Butter verpackt worden ist, bisher nicht zurückgeliefert haben, werden aufgefordert, die Marken unter gleichzeitiger Vorlage der Abrechnung bei unserer Volkswirtschaft in den nächsten Tagen in der Zeit von 9-12 Uhr vormittags abzuliefern.

Polizeibericht vom 20. Januar 1920. Verhaftet: 12 Personen, darunter: 2 wegen Verhaftung des Diebstahls, 1 wegen Mißhandlung, 1 wegen Betruges, 2 wegen Schererei, 6 in Polizeigefangnis. Gefunden: 4 große und 1 Kinderfleischkarte, gestempelt Paul Klein, 1 dtl. Stoffhut, abzuholen aus dem Fundbüro des Polizei-Präsidiums, 1 Schw. Portemonnaie mit etwas Geld, abzuholen von Herbert Ketterling, Eigenhausstraße 16, 1 Paar Herrenschuhe, abzuholen von Herrn Polizeiwachmeister Potrusch, Brühl, 1 Kinderpüschtragen, abzuholen von Fr. Ella Darga, Gubude, Danzigerstraße 42, 1 Hb. Herrenanzug, abzuholen von Herbert Ketterling, Eigenhausstraße 16. — Zugelassen: 1 weißer Forsterling mit 2 Hühnern, abzuholen von Fr. Mielke, Rambaun 13.

Wasserstandsnotizen am 20. Januar 1920.

	gestern	heute	gestern	heute
Thorn	5,46	5,33	Viechel	5,45
Jordan	4,92	4,98	Dickham	5,42
Culm	4,88	5,14	Einlage	5,28
Greubang	4,87	5,24	Schmalzberg	5,40
Kurzestr.	5,14	5,57	Wolfsdorf	0,26
Montauer Spitze	5,17	5,72	Arnau	—

Standesamt.

Todesfälle: Frau Gertrud Schilling geb. Papelski, 27 J. — Witwe Henriette Goep geb. Alexander, 71 J. 9 M. — Sola des Schlossers Emil Reich, 18 J. 5 M. — Sohn des Arbeiters Friedrich Marzahn, todk. — Sohn des Küchenschneiders Robert Frau, 3 M. — Frau Margarethe Steiner geb. Rogoschinski, 40 J. 11 M. — Frau Bertha Jäger geb. Schütz, 58 J. 7 M. — Invalide Wilhelm Hül, 77 J. — Sohn des Händlers Ernst Reimann, 7 M. — Arbeiter Julius Wilhelm, 66 J. 10 M. — Unheilgefallene Edmund Ortmann, 31 J. 8 M. — Invalide Ferdinand Kellert, 70 J. — Invalide I. Köhler.

Verantwortlich für den politischen Teil: Kurt S. o. p. s. für den unpolitischen Teil: Kurt S. o. p. s. für die Unterhaltungsbeilage: Kurt S. o. p. s. für die Inserate: Bruno G. u. r. t. in Danzig. Druck und Verlag J. G. o. h. l. & Co., Danzig.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Ausgabe von Markenbogen zu den Nahrungshauptkarten.

Am Mittwoch, den 21. Januar werden die neuen Markenbogen für die Haushaltungen nachfolgender Straßen in den dahinter vermerkten Ausgabestellen ausgegeben:

Kemnabergweg - Schule St. Albrecht
 Pfarrdorf - " "
 Praustergang - " "
 Rabaucaufer - Evangel. Schule Altschottland
 Radefskeweg - Bröjen, bei Herrn Zierold,
 Rothof - " "
 St. Michaelsweg - " Langfuhr, Mädchenschule
 Bahnhofstraße 16a

Scherenortler Gang - Schule St. Albrecht
 Schillingstraße - Evangel. Schule Altschottland
 Schraubenweg - Bröjen, bei Herrn Zierold
 Schwarzer Weg - Langfuhr, Mädchenschule
 Bahnhofstraße 16a

Schwarzhof - Bröjen, bei Herrn Zierold
 Seltengasse - Anabenschule An der großen Mühle 9/10
 Silberhammerweg - Langfuhr, Anabenschule
 Bahnhofstraße 16b

Silberhütte - Anabenschule A. d. gr. Mühle 9/10
 Stadtgebiet - Evangel. Schule Altschottland
 Steffensweg - Langfuhr, Anabenschule Bahnhofstraße 16b

Stiftswinkel - Mädchenschule Faulgraben 11/12
 Straußgasse - Mädchenschule Weidengasse 61
 Tagnergasse - Anabenschule An der großen Mühle 9/10

Taubenweg - Langfuhr, Anabenschule Bahnhofstraße 16b
 Technische Hochschule - Langfuhr, Anabenschule
 Bahnhofstraße 16b

Fischergasse - Mädchenschule Faulgraben 11/12
 Tobiasgasse - Anabenschule An der großen Mühle 9/10
 Ulmenweg - Langfuhr, Anabenschule Bahnhofstraße 16b

Uphagenweg - Langfuhr, Anabenschule Bahnhofstraße 16b
 Borstädt Graben - Rechstädt, Mittelschule
 Gertrudengasse

Wallgasse - Mädchenschule Faulgraben 11/12
 Weißhof - Bröjen, bei Herrn Zierold
 Wellengang - Anabenschule An der großen Mühle 9/10

Wichertstraße - Mädchenschule Faulgraben 11/12
 Wurstmachergasse - Ev. Schule Altschottland
 Zapfenstraße - Mädchenschule Faulgraben 11/12
 Ziegengasse - Anabenschule An der großen Mühle 9/10

Ziegelstraße - Egl., Anabenschule Bahnhofstr. 16b
 Zobelweg - " "
 Zwirngasse - " Anabenschule An der großen Mühle 9/10.

Die Nahrungshauptkarten und die Ausweise sind mitzubringen.
 Die Haushaltungen werden ersucht, zur Abholung der Markenbogen möglichst die Vormittagsstunden zu benutzen, um größeren Andrang und dadurch längeres Warten in den Mittagsstunden zu vermeiden.
 Die Ausgabe erfolgt in sämtlichen aufgeführten Ausgabestellen von 8-2 1/2 Uhr, in Bröjen von 9-1 Uhr und in St. Albrecht von 11-3 Uhr.
 Danzig, den 19. Januar 1920.
 Der Magistrat.

Ausgabe der Krankenmilchkarten.

Die Krankenmilchkarten für die Monate Februar, März, April werden ausgegeben:

1. Für Langfuhr in der Mädchenschule, Bahnhofstr. 16a

a) am Donnerstag, den 22. 1. 1920, von 3-7 Uhr die Buchstaben A-D
 b) am Freitag, den 23. 1. 1920, von 3-7 Uhr die Buchstaben E-G
 c) am Sonnabend, den 24. 1. 1920, von 3-7 Uhr die Buchstaben H-K
 d) am Montag, den 26. 1. 1920, von 3-7 Uhr die Buchstaben L-O
 e) am Dienstag, den 27. 1. 1920, von 3-7 Uhr die Buchstaben P-S
 f) am Mittwoch, den 28. 1. 1920, von 3-7 Uhr die Buchstaben T-Z

2. für Heubude in der Zweigstelle Albrecht's Hotel:

a) am Sonnabend, den 24. 1. 1920 von 8-3 Uhr die Buchstaben A-C
 b) am Montag, den 26. 1. 1920 von 8-3 Uhr die Buchstaben D-F
 c) am Donnerstag, den 29. 1. 1920 von 8-3 Uhr die Buchstaben G-I
 d) am Sonntag, den 31. 1. 1920 von 8-3 Uhr die Buchstaben J-L

3. für Kenzowasser in der Zweigstelle Sappeltstraße:

a) am Donnerstag, den 22. 1. 1920 von 8-3 Uhr die Buchstaben A-C
 b) am Freitag, den 23. 1. 1920 von 8-3 Uhr die Buchstaben D-F
 c) am Sonntag, den 24. 1. 1920 von 8-3 Uhr die Buchstaben G-I
 d) am Montag, den 26. 1. 1920 von 8-3 Uhr die Buchstaben J-L

4. Für Danzig und die nicht aufgeführten Vororte:

Löpfergasse 23-24, Hauptstelle für Krankenernährung.

a) am Donnerstag, den 22. 1. 1920 von 3-7 Uhr die Buchstaben A-D
 b) am Freitag, den 23. 1. 1920 von 3-7 Uhr die Buchstaben E-G
 c) am Sonnabend, den 24. 1. 1920 von 3-7 Uhr die Buchstaben H-K
 d) am Montag, den 26. 1. 1920 von 3-7 Uhr die Buchstaben L-O
 e) am Dienstag, den 27. 1. 1920 von 3-7 Uhr die Buchstaben P-S
 f) am Mittwoch, den 28. 1. 1920 von 3-7 Uhr die Buchstaben T-Z

Vorzulegen sind bei der Milchkartenausgabe:

1. Die Nahrungshauptkarte für die milchberechtigten Person.

2. die letzte Milchkarte oder das Benachrichtigungsschreiben der Hauptstelle für Krankenernährung.

Es wird dringend ersucht, die angegebenen Ausgabestellen einzuhalten, weil nur dann die Abfertigung glatt verlaufen kann.

Personen, welche obige Ausgabetermine nicht einzuhalten vermögen, erhalten die ihnen zustehende Milchkarte nach Abschluß der Ausgabe in der betreffenden Ausgabestelle, vom 28. Januar 1920 ab in der Hauptstelle für Krankenernährung, Löpfergasse 23/24.
 Danzig, den 20. Januar 1920. (220)
 Der Magistrat.

Ehemalige Kriegsgefangene!

Es ist nunmehr vom Reichswehrministerium verfügt worden, daß die Bestätigungen über einbehaltenen Gelder, Löhne usw., die den Heimkehrern von den feindlichen Staaten als vorläufige Bescheinigungen übergeben worden sind, eingeliefert werden können. Die Beträge können zwar nicht sofort bezahlt werden, da noch wegen der Auszahlung der einbehaltenen Arbeitslöhne usw. Verhandlungen mit den Feindstaaten schweben. Die Ansprüche werden jedoch vorgemerkt und nach Abschluß der Verhandlungen erhält jeder Antragsteller weiteren Bescheid. Vordrucke für diese Besuche liegen in der Versorgungsstelle, Zimmer 43, aus.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß alle Anfragen, Besuche usw., die verschiedene Ansprüche betreffen, getrennt von einander in besonderen Eingaben einzureichen sind.

Alle Schreiben müssen enthalten:

- a) Vor- und Zuname, Dienstgrad, Geburtstag und Geburtsort des Antragstellers,
- b) Heimatadresse,
- c) Truppenteil bei der Gefangennahme,
- d) Tag der Gefangennahme,
- e) Gefangenenlager und die Gefangenennummer,
- f) Nummer des Entlassungsscheines.

Danzig, den 7. Januar 1920. (210)
 Versorgungsstelle Danzig.
 (Bezirkskommando)
 Schmidt, Oberst z. D.

Oliva.

Kartoffelverkauf.

Nach Verfügung des Kreisamtschulles - Kreisamtschulstelle - ist die wöchentlich auf den Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung Olivas zur Ausgabe gelangende Kartoffelmenge von 7 Pfund auf 5 Pfund herabgesetzt worden. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.
 Oliva, den 19. Januar 1920.
 Der Gemeindevorsteher. Der Arbeiterrat.
 J. B.: Scheffler. Otkowski.

Kleinhandelspreise für Bier.

Die Verordnung vom 12. Februar 1919 betreffend Kleinhandelspreise für Bier wird hierdurch aufgehoben. Die Bier-Kleinhandelspreise in den hiesigen Lokalen regeln sich nach den jeweils für die Stadt Danzig geltenden Grundätzen. Zu diesem Zweck werden die hiesigen Gast- und Schankwirtschaften in drei Gruppen eingeteilt.

Zu Gruppe I gehören: Wirtschaften mit außergewöhnlichem Aufwand.
 Zu Gruppe II gehören: Kaffeehäuser und ähnliche Betriebe.
 Zu Gruppe III gehören: Wirtschaften mit gewöhnlichem Aufwand.

Die Verteilung der einzelnen Wirtschaften in die vorbezeichneten Gruppen ist wie folgt vorgenommen worden:

Gruppe I.
 Weinhold, Strandhalle Gleitkau, Deutscher Hof, Kurhaus Oliva, Fog.

Gruppe II.
 Delmers, Liphanski, Konditorei Koch, Thierfeld's Hotel, Hotel zum Goldenen Horn, Galicki, Hotel Carlshof, Schweizerhaus, Hinzmann, Strauchmühle, Schweizerhaus, Hinzmann, Strehlan.

Gruppe III.
 Fierke, Kappel, Litz, Dahmann, Ed. Jasi, Blum, Bahnhof.

Die zurzeit in Danzig geltenden Kleinhandelspreise werden aus besonders bekannt gegeben.
 Oliva, den 19. Januar 1920.
 Der Gemeindevorsteher. Der Arbeiterrat.
 Löffel. Otkowski.

Gedania-Theater

Schüsselmann 53/55.

Abenteuer! Das Sensations-Programm!

Vom Rande des Sumpfes

Großes Sensationsdrama in 5 Akten
 Hauptdarsteller:
 Lu. Sgan, Armin Warten, Carl de Vogt
 Spannungsvolle Handlung. Ausreg. Verfilmungsszenen!

Die Ehe aus Haß

Kriminal-Schauspiel in 5 Akten mit 100 Wtu.
 Ab Freitag
 Die Ehe der Frau Mary
 Großes Farmer-Drama in 4 Akten
 d. r. r. r.

Der teufelische Raub im Expresszug

Großes Wäd-West-Drama (218)
 Beginn der letzten Vorstellung 7 1/2 Uhr.



MODERNE KUNST LICHTSPIELE

AM MARKT
 Das große gute Programm!
 2 Monumentalwerke

Cajus Julius Cäsar

Historischer Römerfilm in 8 Akten. Kolossales Prunkwerk.
 10.000 Mitwirkende. An Roms historischen Stätten aufgenommen.

Wenn ein Weib den Weg verliert

Moderne Großstadtragödie in 6 Akten. Besonders gute packende Handlung
 mit Edward v. Winterstein und Trude Hoffmann.

Ab Freitag: Der große Film
Blondes Gift.
 Gute erstklassige Künstlermusik.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
 Dienstag, den 20. Januar 1920, abends 8 Uhr
 Dauerkarten B 2.

Erziehung zur Liebe

Ein erstes Spiel von Hanns Klyer.
 Mittwoch, den 21. Januar 1920, abends 8 Uhr
 Dauerkarten C 2.

Das Dorf ohne Glocke

Singspiel in 3 Akten von Künneke.
 Donnerstag, den 22. Januar 1920, abends 8 Uhr
 Dauerkarten B 2.
 Zum 8. Male.

Die Frau im Hermelin

Operette in 3 Akten von Jean Gilbert.
 Freitag, den 23. Januar 1920, abends 8 Uhr
 Dauerkarten E 2.

Hänjel und Gretel

Märchenoper in 3 Akten von Humperdinck.
 Hierauf: Ballett.

Wilhelm-Theater

Besitzer Kommissionsrat Hugo Meyer
 Bühnenleitung Willy Kolmann.
 Dienstag, den 20. Januar, abends 6 1/2 Uhr.
 Zum letzten Male:

Bruder Leichtsinn.

Operette in 3 Akten von L. Ascher.
 Mittwoch, den 21. Januar, abends 6 1/2 Uhr.
 Zum letzten Male:

Ein armer Musikante.

Operette in 3 Akten von E. Berken.
 Vorverkauf täglich von 10-3 Uhr bei
 Bruno Kodlitz, Langermarkt 23
 Vorverkauf benutzen!

Odeon Eden

Dominikswald Lichtspiele Holzmärkte

Ab Dienstag 3 Uhr bis einschl. Sonntag das Kolossalprogramm!

Feindliche Gatten!

Kampf um die Ehe II. Teil
 Tragödie in 6 Akten
 and

PANOPTA II

Der große Detektiv- u. Sensations-Schläger
 in 5 Akten.

Die Schreckenshöhe in der Tiefe des Sees.

Ab Montag:
 Die große (217)
Zirkus-Attraktion!

Unterzeichneter ist bei dem Amts- und Landgericht in Danzig als Rechtsanwalt zugelassen.

Dr. Ortwin Rebitzki II

(197) Büro: Danzig-Langfuhr, Hauptstr. 104

Charleville

Duakle Punkte aus dem Etagensleben von Dr. Wilhelm Appens, Dortmund
 Preis 1,50 Mk.

Buchhandlung „Volksstimme“

Am Spenshaus 6 und Paradiesgasse 32



Nur noch bis 22. Januar!

Wenn das Leben nein sagt.

Drama in 5 Akten mit Hilde Wörner

„Wetterleuchten um Mitternacht“

Nord. Begebenheit in 5 Akten.

Voranzeige:

Ab 23. Januar: Die Herrin der Welt.

IV. Teil.

Gehrock-Anzüge

Frack-Anzüge

Smoking-Anzüge

Cutaway-Anzüge

in größter Auswahl

J. Rosenbaum

Breitgasse 128/29
 Telefon 2121.
 19184

Sarbidlampen

um zu räumen, enorm billig (41)

Sarbid unter Tagespreis.

Sändler erb. Rabatt.

Bernstein & Comp., Danzig, Langgasse 50.

Abonnieren Sie die

Blätter für

Volksaufklärung!

Begründet und herausgegeben von

Reinhold Gerling

Die auch in Danzig mit aufsehenerregendem Erfolge gehaltenen Vorträge des Bahnbrechers auf dem Gebiete der Aufklärung Reinhold Gerling dürften noch in bester Erinnerung sein. Die von Reinhold Gerling herausgegebene Monatschrift: Blätter für Volksaufklärung gibt Aufklärung über alle Fragen des Ehe- und Geschlechtslebens, über Frauenfragen, Gesundheitspflege, Mütterchaft, Erziehung, Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft, speziell über Seelenkunde einschließlich der Grenzwissenschaften, in kurzen allgemeinverständlichen Abhandlungen, sodass jede Nummer eine Fülle der Belehrung und Aufklärung bietet. Von größter Wichtigkeit aber ist die Beantwortung der persönlichen Fragen. Jede, auch die intimste Fr. ge. wird - natürlich ohne Nennung oder Andeutung des Fragestellers - in ausführlichster Weise beantwortet. Fragen spezieller und intimer Art finden briefliche Beantwortung.

Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen oder der Drania-Verlag, Dranienburg 7 2.

Preis vierteljährlich 2 Mark.

Kosmos-Abreiß-Kalender

1.9.20

Preis 4.40 Mark

Buchhandlung „Volksstimme“

Am Spenshaus 6. Filiale: Paradiesgasse 32